

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 A.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 24. Februar 1900.

Inserats die dreispaltene Petitzelle oder deren Raum 80 A
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Ruitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Arbeitslohn und Warenpreis. — Gewerkschaften und Gewerbeinspektion. — Die bayerische Gewerbeinspektion. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kr.- u. St.-K. der Metallarb.; Bekanntmachung des Vorstandes. — Technische. — Rundschau — Gerichtszeitung. — Aus anderen Berufen und Organisationen. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Bijouteriearbeitern nach **Esslingen a. N.** (Guttenlocher) M.;
- von Drehern nach **Bremen** (Werft Wefer A.-G.) A., nach **Frankenthal** (Bettinger u. Balke, Pumpen- und Armaturenfabrik) M., nach **Löwenberg**, nach **Münster-Eifel** (Maschinenfabrik E. H. Stoy) D., nach **Ogersheim** (Paul Stoy), nach **Stuttgart** (Paul Stoy);
- von Fahrradarbeitern nach **Cöln-Lindenthal** (M. Righi) M.;
- von Feilenhauern nach **Furthof** (Niederösterreich) Str.;
- von Flaschnern (Klempnern) nach **Püffelndorf** (Wortmann & Ebers) Str., nach **Pirnweller** (Mechanikfabr. A.-G.) A., nach **Stuttgart-Cannstatt** (Ghnes) F.;
- von Formern und Sieberearbeitern nach **Darmstadt** (Ruther Aktiengesellschaft) D., nach **Eberswalde** (Bubde u. Höbde) St., nach **Altenburg** Str., nach **Bremerhaven** (Seebeck), nach **Cannstatt** (Grupp), nach **Cöthen** (Werkzeug- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Aug. Wachsen) A., nach **Chemnitz** (Gast) M., nach **Frankenthal** (F. Guthmann) M., nach **Höchst a. M.** (Breuer u. Co.) Str., nach **Mannheim-Neckarau** Str., nach **Mettmann** (Gebr. Burberg), nach **München** (Hellbronner), nach **München** (Roth) St., nach **Nürnberg** (Gilbert), nach **Strehla i. S.** (Eisenwerk) D., nach **Stuttgart** (Paul Stoy);
- von Sattlern nach **Stuttgart** (Paul Stoy), nach **München** (Roth) St.;
- von Goldschlängern nach **Fürth** (Kurz), nach **München** Str., nach **Nürnberg** (Hies);
- von Kupferschmieden nach **Bremen** (Werft Wefer) Str., nach **Stuttgart-Cannstatt** (Ghnes) F.;
- von Metallarbeitern a. Branchen nach **Flensburg** (Danien u. Goss) Str., nach **Frankfurt a. M.** (Broun, Boveri u. Co.) M., nach **Plett**, nach **Stuttgart** (Paul Stoy);
- von Metallrüdern nach **Stuttgart** (Paul Stoy);
- von Metallgießern nach **Stuttgart** (Paul Stoy), nach **München** (Roth) St.;
- von Planirern nach **Püffelndorf** (Wortmann & Ebers);
- von Schleifern nach **Böln-Gülz** (Fahrradwerke „Gito“), nach **Stuttgart-Cannstatt** (Ghnes) F., nach **Stuttgart** (Paul Stoy), nach **Rosenheim** A., nach **Harthaus** i. S. (Drechsler u. Wagner, Geldschrankfabrik);
- von Schlossern und Maschinenbauern nach **Bremen** (Werft Wefer, A.-G.) A., nach **Grafenau-Böhlheim** (Maschinenbau-A.-G.) F., nach **Löwenberg**;
- von Schmieden nach **Löwenberg**;
- von Nadelarbeitern nach **München i. S.** (Gerlach u. Süßmann) Str.
- von Bernicklern nach **Stuttgart-Cannstatt** (Ghnes) F.;
- von Biseleuren nach **Stuttgart** (Paul Stoy);

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Wagerregelung; M.: Mißstände; St.: vom- oder Abford. Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung)

Arbeitslohn und Warenpreis.

(Schluß.)

Bei einer Verachtung der tatsächlichen Entwicklung der Dinge kommt man zu der Überzeugung, daß die Annahme, die Warenpreise würden nur den Betrag einer eingetretenen Lohnerhöhung steigen, wenig Wahrscheinlichkeit besitzt. Wie die Erfahrung lehrt, werden Lohnsteigerungen vielfach wettgemacht durch Verbesserungen in der Technik des Gewerbebetriebes.

Unternehmer wenigstens, die nicht eine durch ein Monopol, ein Kartell oder einen Trust vollkommen gefestigte Stellung gegenüber den Konsumenten einnehmen, sich aber auch keine erhebliche Schmälerung des Gewinnes gefallen lassen möchten, streben darnach, technische und wirtschaftliche Verbesserungen in ihrem Betriebe einzuführen und auf diesem Wege die durch die Lohnsteigerung herbeigeführte privatwirtschaftliche Erhöhung der Produktionskosten nach Möglichkeit auszugleichen. Es ist daher kein Zufall, wenn diejenigen Länder, in denen die Arbeiter im Wege der Organisation sich einen vergleichsweise hohen Lohn zu erringen vermocht haben, gerade in Bezug auf technisch-ökonomische Fortschritte die erste Stelle einnehmen. In Australien, wo der Arbeitslohn um 100 Prozent höher steht als in England, übersteigen die Warenpreise doch nur um 20 Proz. diejenigen des Mutterlandes. Und trotzdem in England der Arbeitslohn höher steht als in Deutschland, so ist dennoch England in dem internationalen Wettbewerbe unser gefährlichster Konkurrent. Ebensovienig haben die hohen Löhne der Vereinigten Staaten dem Emporblühen der amerikanischen Industrie geschadet, ja sie sind geradezu als mächtigster Sporn für die ungeahnte technische Vollkommenheit, welche dieses Land erreicht hat, anzusehen.

Man muß daher, sagt Hertner sehr richtig, niedrige Löhne geradezu als fortschrittsfeindlich bezeichnen. Wenn in Deutschland die rückständigen Betriebsformen der Hausindustrie und des Kleingewerbes noch in so großer Ausdehnung sich vorfinden, so ist diese Erscheinung hauptsächlich als eine Folge der niedrigen Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Deutschland aufzufassen. Der Unternehmer hat bei der gegenwärtigen Organisation des Wirtschaftslebens ja kein unmittelbares Interesse an der Vervollkommnung der technisch-ökonomischen Organisation des Betriebes. Er hat nur ein Interesse an der Höhe des Unternehmergewinnes. Dieser aber stellt eine Differenz dar, die mit verschiedenen Mitteln erzielt werden kann: mit niedrigem Lohne und technisch unvollkommener Ausrüstung oft ebenfogut als mit höheren Löhne und vollkommener Technik. Die erstere Art der Gewinnbildung besitzt meistens den Vorzug des Althergebrachten und wird daher, solange kein besonderer äußerer Anstoß zu einer Veränderung erfolgt, dem Beharrungsvermögen zufolge beibehalten.

Hertner gibt uns in seiner weiteren Untersuchung zu, daß in manchen Fällen, namentlich wenn es sich um Exportindustrien handelt, die wegen des internationalen Wettbewerbes nur in beschränktem Maße die Preise der Waaren erhöhen können und die aus dem gleichen Grunde auch ihre technische Organisation bereits nach Möglichkeit vervollkommen ruhten, die Lohnsteigerung eine Schmälerung des Unternehmergewinnes und des Kapitalzinses bewirken kann. Da fragt es sich nun: Ist in Deutschland eine Verminderung der Kapital- und Unternehmergewinne zur Zeit noch möglich, ohne den Bestand der Industrie zu gefährden? Sehen wir einmal zu.

Von den verschiedensten Seiten wird die Verbesserung gegeben, man arbeite mit äußerst geringem Nutzen, ja geradezu mit Verlust. Jede weitere Erhöhung des Lohnes würde den Arbeitgeber zwingen, seinen Betrieb einzustellen. Nur ab und zu gelangt es noch, durch eine glückliche Spekulation beim Einkauf des Rohstoffes einen Gewinn zu erzielen. Es mag zugestanden werden, wenn dazu Veranlassung die Höhe des Gewinnes eine Währungsangelegenheit sei, die dem Arbeiter erst nachher zu Gute kommen dürfte. Aber es ist mit dem Verlangen anzufachen, das höchste Ziel im Interesse der Gesamtheit als unbedingt notwendig, erscheinen, zur Schonung der privatwirtschaftlichen Rentabilität unterbleiben, der legt sich mit seiner Forderung auch

die Pflicht auf, öffentlich und ohne Rückhalt darzutun, wie es um seine Gewinne bestellt ist. Die Begriffe hoch und niedrig sind eben gerade mit Rücksicht auf die Gewinne subjektiv ungemeln verschieden. Leider sucht man aber von Seiten vieler Arbeitgeber, insbesondere von Seiten der „Geschäftsführer“ oder der „Generalsekretäre“ ihrer Verbände, den exakten Nachweis des geringen Nutzens durch die Inverkehrsetzung des Lohnes, in welchem die Behauptungen aufgestellt werden, zu ersetzen.“ Nun gestatten die Aktiengesellschaften einen vollkommen genügenden Einblick in die privatwirtschaftliche Rentabilität und diese ist derart hoch und günstig, daß alle Forderungen der Arbeiter auf Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, insbesondere nach Einführung des Neunstundentages und Zahlung auskömmlicher Arbeitslöhne als vollauf berechtigt und durchführbar erscheinen. Was speziell Lohnerhöhungen und genügende Arbeitslöhne betrifft, so bieten sie für die Unternehmer selbst dann noch wichtige Vorteile, wenn sie auf Kosten des Geschäftsgewinnes erfolgen. Denn einmal werden sie befreit von der Schmutzkonkurrenz kleiner Unternehmungen, die sich nur durch rücksichtslose Lohnrückerel zu halten vermögen und sodann vergrößert sich durch die gestiegene Kaufkraft der arbeitenden Klassen die Produktion und der Umsatz. Durch einen größeren Umsatz kann aber die durch die Lohnerhöhung erfolgte Schmälerung des Gewinnes sicher zum Theil wettgemacht werden. In der Lohnerhöhung gewähren die Unternehmer den Arbeitern gewissermaßen ein Kapital, das ihnen selbst reichliche Zinsen trägt.

So stimmt also der bürgerliche Nationalökonom Hertner vollständig überein mit dem Sozialisten Marx in der Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung hoher Arbeitslöhne für die Arbeiter und in der Beurteilung ihrer Wirkungen auf die Warenpreise. Und aus dem, was Beide über die Arbeitslöhne und die Warenpreise sagen, geht ebenso klar wie überzeugend für die Arbeiter hervor, daß sie im Irrthum sind, wenn sie meinen, daß sie mit hohen Arbeitslöhnen nicht mehr Waaren kaufen können, weil sie dadurch vertheuert werden, als mit niedrigen Arbeitslöhnen billige Waaren. Das einfache Rechenexempel, daß der Betrag, um den der Arbeitslohn für einen bestimmten Gegenstand erhöht wird, in einer gleich hohen Preissteigerung für denselben Gegenstand wieder zum Vorschein kommt und vom Arbeiter im Kaufpreise bezahlt werden muß, ist eben falsch, wie wir in den früheren Auseinandersetzungen gezeigt haben. Aber ebenso falsch ist es andererseits, bei theueren Waarenpreisen ohne Weiteres auf hohe und vertheuernde Arbeitslöhne zu schließen. So sind es nicht die Arbeitslöhne der Bauarbeiter, welche die hohen Wohnungspreise verursachen, sondern die dreifache Ausraubung der Miether durch die Boden-, die Bau- und die Häuser-Spekulation, die mühe- und arbeitslos Millionen „erwirbt“ und die durch die hohen Wohnungspreise verzinst werden müssen, verschuldet die Wohnungstheuerung und Wohnungsnoth. Es sind auch nicht die „hohen Löhne“ der Landarbeiter oder der Metzgergehilfen, welche die Schuld an den hohen Fleischpreisen tragen, sondern die Ursache davon liegt in den hohen Gewinnen der Viehhändler und der Metzger. Bei Gewerbe- und Industrieprodukten sind es die hohen Unternehmer- und Zwischenhändler-Gewinne, welche die hohen Warenpreise verursachen. Bei der Kleiderkonfektion, der Wäschekonfektion, bei den Schuhwaaren u. s. w. verdienen die Zwischenhändler in der Regel allein an Verkaufsgewinne so viel, als die Arbeiter an Arbeitslohn und der Fabrikant an Geschäftsgewinn zusammen an dem einzelnen Stücke verdienen. Die Warenpreise werden eben nicht allein durch den Arbeitslohn bestimmt, sondern in demselben oder noch höherem Maße auch durch den Unternehmer-, den Spekulations-

ung den Handelsgewinn, durch die bei der heutigen Wirtschaftsordnung erforderlichen großen Geschäftskosten, wie sie durch Hunderttausende gutbezahlter Handelsreisender, durch theuere Verkaufsläden, durch Inserate und Reklamen aller Art verursacht werden.

Die Höhe der Lebenshaltung und der Grad des Wohlstandes des arbeitenden Volkes sind abhängig von der Höhe des Einkommens, wie bei allen anderen Gesellschaftsklassen auch. Wir sind auch praktisch durch Erziehung und Gewohnheit, durch die ganze Praxis des Lebens daran gewöhnt, bei einem niedrigen Einkommen an Armuth und Elend, Entbehrung und Noth; bei einem hohen Einkommen an ordentliche Wohnung und Kleidung, schöne Einrichtung und angenehme Lebensweise, an Vermögensbesitz und Sicherung gegen alle Eventualitäten des Lebens zu denken. So würde ein schlesischer Weber unbedenklich seinen Platz in Peterswaldau mit 6—8 M. wöchentlichem Lohnverdienst mit einem Platz in Leipzig, der einen Wochenlohn von 15—20 M. gewährt, vertauschen, ohne erst darüber nachzugrübeln, ob er bei der theueren Lebenshaltung in Leipzig sich auch „so gut“ stehen wird, wie bei dem geringeren Lohn in Peterswaldau. Und würde aber auch unser Weber das thun, so würde er wahrscheinlich bei dem Vergleich übersehen, daß die theuere Lebenshaltung in Leipzig eben auch eine bessere Lebenshaltung als diejenige in Peterswaldau ist und daß er mit den 20 M. Wochenlohn in Leipzig einen Mod zu diesem Preise kaufen kann, während er in Peterswaldau dazu den Arbeitslohn von 2 1/2 Wochen brauchte, wenn der Wochenverdienst 8 M. beträgt.

Es ist etwas Spießbürgerliches, wenn Arbeiter den Standpunkt vertreten, daß hohe Arbeitslöhne ihnen nichts nützen, weil sie die Waaren vertheuern und daher keine größere Kaufkraft als geringe Arbeitslöhne hätten. Dieser Gedanke im Kopfe eines Arbeiters ist etwas Lächerliches, aber es gibt Arbeiter, die so denken und die mit solchen rückständigen und kurz-sichtigen Anschauungen auch sehr geeignet sind als Streikbrecher und als Werkzeuge in den Händen der Unternehmer gegen die organisirten und kämpfenden Arbeiter. Darum auch erschien es uns nothwendig und zweckmäßig, einmal solchen falschen Anschauungen etwas ausführlicher entgegenzutreten.

Gewerkschaften und Gewerbeinspektion.

Mitarbeit der Gewerkschaften an der Gewerbeinspektion, so lautet das Regierungsprogramm. Aber nicht in Deutschland, lieber Kollege, wird das künftig geschehen, sondern in dem „wildesten“ Frankreich. Wir haben in Nr. 45 unseres 17. Jahrgangs Gelegenheit genommen, die Maßnahmen des sozialdemokratischen Handelsministers Millerand, den bestehenden Arbeiterschutzgesetzen die nöthige Beachtung zu verschaffen, indem er durch Dekrete und Rundschreiben an die beaufsichtigenden und ausführenden Regierungsorgane diese ermahnt, den Arbeiterschutzgesetzen unumwundelt Geltung zu verschaffen, einem Vergleich mit Deutschland zu unterziehen, der allerdings nicht zu Gunsten unseres Vaterlandes ausfiel.

Daß in Frankreich die Unternehmer an Brutalität gegen den Arbeiter unjeneren heimischen Stämmen nicht nachstehen, brauchen wir nicht ausdrücklich zu betonen, denn unsere Leser haben Gelegenheit gehabt, dies aus gelegentlichen Berichten unsererseits zu entnehmen. Die Nichtachtung der französischen „Herrn im Hause“ vor den gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes ist um nichts geringer, wie das bei uns der Fall ist. Und wurden in Frankreich Unternehmer wegen Uebertretungen wirklich einmal bestraft, so war die Strafe eine lächerlich geringe, die den Unternehmer keineswegs abhielt, ein zweites Mal dasselbe Vergehen zu begehen. Also ganz wie bei uns, was weiter nicht Wunder zu nehmen braucht, denn der frühere Handelsminister Frankreichs, dem die Gewerbeinspektion untersteht, hatte eben gerade so wenig Zeit, sich wirklich sozialpolitisches Verständnis anzueignen, wie in Deutschland die verantwortlichen Stellen dafür Zeit haben, die Arbeiterwünsche der Beachtung und Berathung zu unterziehen. Das wurde in Frankreich anders, wie der mit der Arbeiterschaft in engster Fühlung stehende Millerand in die Regierung berufen wurde.

Den von uns wiederholt angezogenen Erlaß sind weitere gefolgt und am 19. Januar d. J. erließ Millerand ein Rundschreiben an die Gewerbeinspektoren, in dem diese aufgefordert werden, mit den Gewerkschaften in dauernde Verbindung zu treten, um sich deren Mitarbeit bei dem Aufschlagsdienst zu sichern. In einem zweiten Rundschreiben werden die Gewerkschaften ersucht, die Gewerbeinspektoren bei ihrer Thätigkeit zu unterstützen, damit die Arbeiterschutzgesetze in vollem Umfange zur Durchführung gelangen.

Das Rundschreiben, das vom 19. Januar datirt ist, lautet:

An die Herren Divisions-Gewerbe-Inspektoren.

Aus den Antworten, welche die Fragebogen enthalten, die mir in Folge meines Zirkulars vom 28. November 1899 zugegangen sind, ist zu ersehen, daß bis jetzt der Inspektionsdienst ohne Antheilnahme der Arbeiter durchgeführt worden ist. Der Arbeiter geht, um so zu sagen, nie zum Inspektor und schreibt ihm auch selten. In den Werkstätten, während der Besuche, richtet er nie das Wort an ihn, und wenn er befragt wird, gibt er nur ausweichende Antworten. Es kommt auch oft vor, daß der Inspektor die Arbeiter gar nicht befragt, weil er befürchtet, daß aus dem Gespräch dem Arbeiter üble Folgen entstehen können. Wenn aber die Entdeckung der Uebertretungen der Gesetze nicht von einem Glücksumstand abhängen, sondern das Ergebnis einer sicheren und methodischen Vorbereitung sein soll, so ist die Mitwirkung der Arbeiter, welche täglich und stündlich Zeugen der Gesetzesübertretungen sind, unerlässlich. Der Gewerbe-Inspektor kann nicht im Stande sein, ohne die Mitwirkung der Arbeiter, für welche die Schutzgesetze erlassen sind, sich von der Ausführung dieser Gesetze zu überzeugen.

Diese Mitwirkung wird man gewinnen, wenn man sich an die Gewerkschaften wendet. Das, was der Inspektor von dem einzelnen Arbeiter in der Werkstatt kaum oder nur mit Schwierigkeit erfährt, wird er leicht erfahren von dem Sekretär der Gewerkschaft, welcher von den Mitgliedern, vor deren Augen alle die Mißbräuche passiren, in Kenntniß gesetzt wird.

Deshalb ist es nothwendig, daß dauernde Beziehungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften, welche die Arbeiter mit der Bertheiligung ihrer Interessen betraut haben, und den Inspektoren, denen der Staat den Auftrag gegeben hat, die Ausführung der Arbeiterschutzbestimmungen zu überwachen, angeknüpft werden. In den seltenen Fällen, in welchen die Sekretäre der Gewerkschaften und Arbeiterkammern die Inspektoren besucht haben, hatten diese Gelegenheit, die Wichtigkeit der Mitwirkung, welche von den Arbeitern zu erwarten ist, zu erkennen, und sie haben es für nützlich befunden, sich selbst an die Gewerkschaften und Arbeiterkammern zu wenden.

Es handelt sich jetzt darum, daß diese Art und Weise, zu Werke zu gehen, deren Nützlichkeit durch die Initiative einzelner Gewerbe-Inspektoren festgestellt ist, verallgemeinert und organisiert wird. Ich zweifle gar nicht, daß die Gewerkschaften, denen ich Anzeige gemacht habe, die Vortheile dieser Mitarbeit erkennen und die geeigneten Einrichtungen treffen werden, so daß die Gewerbe-Inspektoren am schnellsten und sichersten über Alles, was zu unterdrücken ist, informiert werden können.

Die Organe, die am geeignetsten sind, alle die Mittheilungen zu sammeln und die Erkundigungen zu veranstalten, sind die Arbeiterkammern und die lokalen Gewerkschaftsverbände. Jeder Inspektor muß sofort mündlich oder schriftlich mit den Sekretären der Arbeiterkammern oder der Ortsverbände der Gewerkschaften in Verbindung treten, ihnen ihre Adresse geben und sie ersuchen, daß sie die Gefälligkeit haben wollen, ihnen alle die Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze, welche zu ihrer Kenntniß kommen, sofort anzuzeigen. Später sollen sie sich auch an die Sekretäre der Gewerkschaften wenden, welche nicht in die lokalen Verbände eingeschlossen sind.

Sollten auch neue Arbeiterorganisationen gegründet werden, wozu im „Bulletin de l'Office du Travail“ Mittheilung gemacht wird, so sollen die Inspektoren sich auch mit den Sekretären dieser Organisationen sofort in Verbindung setzen.

Die Gewerbe-Inspektoren sind verpflichtet, den Sekretären der Arbeiterkammern und Gewerkschaften, welche Anzeige über Gesetzesübertretungen gemacht haben, binnen 15 Tagen nach veranstalteter Untersuchung mündlich oder schriftlich über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

Sollte es einem Inspektor während eines Monats nach erfolgter Anzeige nicht möglich sein, die betreffende Fabrik zu besuchen, so soll er dem Sekretär hiervon Mittheilung machen und ihn ersuchen, eine neue Anzeige mit weiterer Orientirung, die ihm die Untersuchung erleichtern kann, zu machen.

In dem Jahresbericht wollen Sie, Herr Divisions-Gewerbe-Inspektor, nicht nur die Zahl der Untersuchungen, welche von den Inspektoren Ihres Bezirks vorgenommen worden sind, angeben, sondern auch die Zahl der Besuche, welche in Folge mündlicher oder schriftlicher Beschwerden stattgefunden haben, sowie auch besonders die Zahl der Untersuchungen, die in

Folge der Anregung der Gewerkschaften ausgeführt wurden, und endlich auch die Zahl der Arbeiterorganisationen, mit welchen die Gewerbe-Inspektoren das ganze Jahr hindurch in Verbindung gewesen sind.

Ich bitte Sie, mir bis zum 15. April d. J. die Berichte der Inspektoren aus Ihrem Bezirk senden zu wollen, in welchen angegeben sein sollen: 1. Die Arbeiterorganisationen, an welche die Inspektoren sich gewandt haben. 2. Diejenigen, welche geantwortet und Mittheilung gemacht haben. 3. Die Erfolge, welche auf dem vorgeschlagenen Wege erzielt worden sind.

Der Minister des Handels, der Gewerbe, der Post und der Telegraphie.
gez.: A. Millerand.

An die Vorstände der Gewerkschaften!

Die Sekretäre der Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben sich zwar schon an die Gewerbe-Inspektoren gewandt, um ihnen vorgekommene Uebertretungen des Gesetzes vom 2. November 1892 über die Kinderarbeit, die Beschäftigung minderjähriger Mädchen und der Frauen in den Fabriken; des Gesetzes vom 12. Juni 1893 über den Schutz vor Gesundheitschädigung und gegen Unfälle und des Gesetzes vom 9. September 1848 über die Arbeitszeit in Fabriken und Werkstätten, zu melden. Die Verbindung jedoch, welche zwischen den Gewerbe-Inspektoren und den Gewerkschaften besteht, ist nicht ausreichend, um gute Früchte zu zeitigen. Die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Gewerbe-Inspektion darf nicht auf einzelne Fälle beschränkt sein, sondern sie muß organisiert und verallgemeinert werden.

Ich denke, daß auch Sie der Meinung sind, daß die Gewerbe-Inspektoren nicht im Stande sind, die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze ohne Mitwirkung der Arbeiter bewerkstelligen zu können und daß diese Mitwirkung durch die Gewerkschaften geschehen muß.

Die Arbeiterorganisationen werden, ich zweifle gar nicht daran, die geeigneten Maßnahmen treffen, um dies Ziel zu erreichen. Sie können aber auch versichert sein, daß die Gewerbe-Inspektoren bestrebt sein werden, alles Mögliche zu thun, um mit den Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern ununterbrochene Verbindung zu halten.

Ich vertraue auf den regen Geist und die Wachsamkeit der Gewerkschaften, indem ich sie um ihre Mithilfe bei dem Inspektorendienst bitte, und erwarte die besten Ergebnisse von der aufklärenden Thätigkeit und der Ergebenheit ihrer Mitglieder im Allgemeininteresse der Arbeiterschaft.

Der Minister des Handels, der Gewerbe, der Post und der Telegraphie
gez.: A. Millerand.

Diese Rundschreiben sind nicht nur wegen ihres Inhalts und der damit verfolgten Absicht interessant, so bemerkt das „Korrespondenzblatt“, sondern auch deswegen, weil sie ihre Entstehung den Verhandlungen des Kongresses der deutschen Gewerkschaften, der im Mai 1899 in Frankfurt a. M. stattfand, verdanken. Dem Kongreß wohnte auch Genosse Professor Milhaud bei. Dieser ist jetzt Attaché im Handelsministerium und theilt uns mit, daß er durch die Verhandlungen, welche über die Gewerbe-Inspektion und die Mitarbeit der Gewerkschaften bei derselben auf dem Kongreß gepflogen wurden, veranlaßt worden ist, Das, was die organisirten deutschen Arbeiter in Frankfurt a. M. auf dem Kongreß forderten, in Frankreich zur Durchführung zu bringen.

Die deutsche Regierung hat von dem, was die Vertreter der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter berathen haben, keine Notiz genommen, dafür aber das gegen die Gewerkschaften gerichtete Zuchtstrafgesetz dem Reichstage vorgelegt. Besser kann das Ansehen, welches die Arbeiter und Arbeiterorganisationen in Deutschland genießen, nicht charakterisirt werden.

Die bayerische Gewerbeinspektion.

Die bayerische Gewerbeinspektion stand Anfang des Monats zur Berathung im bayerischen Landtag. Man kann nicht sagen, daß in Bayern das Gewerbeinspektorat eben so wenig bedeutend wie in Preußen wäre, hat doch seit einer Reihe von Jahren gerade die bayerische Gewerbeinspektion manches vor denselben Instituten anderer Bundesstaaten voraus. So stellte Bayern bereits 1897 zwei weibliche Hilfskräfte als „Funktionsrinnen“ ein, deren dienstliche Wirksamkeit bereits im Bericht für 1898 als zufriedenstellend bezeichnet wurde. Auch standen in Bayern die handwerksmäßigen Betriebe und die Warten unter der Aufsicht des Gewerbeinspektorats. Wenn auch alles in

allen im Verhältnis zu anderen Bundesstaaten von Bayern gesagt werden kann, daß es den Arbeiterwünschen gegenüber sich nicht direkt ablehnend verhalte, so ist damit nicht gemeint, daß auch in Bayern auf dem Gebiete der Fabrik- und Gewerbeinspektion nicht noch manches einer Besserung bedürfte. Was hier noch Alles zu thun übrig bleibt, hat unser Kollege Scherm als Abgeordneter der bayern. Kammer in wirksamster Weise zum Ausdruck gebracht.

Unserem beschränkten Raume angemessen, können wir von den Ausführungen Scherm's leider nur das Wichtigste im Auszug wiedergeben. Da hören wir, daß während die Zahl der Betriebe sich um das 3,99fache vom Jahre 1893—1898 vermehrte, die Zahl der Arbeiter um das 1,77fache stieg, die Zahl der Revisionen nur um das 1,6fache zunahm, verhältnismäßig also die Zahl der Revisionen zurückging. Als ein nicht befriedigender Zustand wurde das mit Recht bezeichnet.

Ferner bemängelte Redner, daß eine Uebersicht der einzelnen Inspektoren über ihren ganzen Bezirk deshalb unmöglich sei, weil die Bezirke viel zu groß wären. Es sei deshalb eine Theilung einzelner Bezirke und ein Mehr von Inspektoren und Assistenten sehr wohl angebracht. Bei dem gegenwärtigen Zustande benötigte z. B. der Fabrikinspektor von Oberbayern eine Zeit von 13,4 Jahren, wollte er alle reviditions-pflichtigen Betriebe seines Bezirks kennen lernen. In den übrigen Bezirken liegen die Verhältnisse ähnlich ungünstig. Daß eine große Anzahl Verstöße gegen die Gewerbeordnung und gegen die bundesrätlichen Anordnungen auch in Bayern konstatiert werden müssen, braucht uns nicht weiter zu wundern. Leider werden auch in Bayern diese Verfehlungen mit nur geringen Strafen belegt, und dabei ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die größte Anzahl der Verstöße gar nicht zur Kenntniß der maßgebenden Behörde gelangt. Die Strafen, die über die Herren Unternehmer verhängt werden, bewegen sich zwischen 3—40 M.; daß bei so geringen Strafen die Unternehmer von einer Uebertretung des Gesetzes, die sehr profitabel sein kann, nicht abgehalten werden, liegt auf der Hand.

Auf die Unfallverhütung im Baugewerbe und die Verhältnisse im Bäckereibetriebe, hauptsächlich die Nichtachtung der Bundesrats-Berordnung betreffs der Maximalarbeitszeit, kam Redner eingehend zu sprechen. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung, die die Arbeiterschaft aller Kulturländer auf das Lebhafteste beschäftigt, wurde von ihm eingehend gewürdigt. Leider wende man sich bei der Sammlung von Material für einen Maximalarbeitszeit meist an die falsche Adresse, man dürfe nicht nur die Vertreter der Unternehmerinteressen darum befragen, sondern müßte sich auch an die Gewerkschaften wenden, die als Faktor ebenfalls in Betracht kämen. In einer großen Anzahl von Betrieben könne von einer übermäßig langen Arbeitszeit gesprochen werden. So verzeichnet der niederbayerische Inspektor in 17,5 Proz. der revidierten Fabriken eine 11—12 stündige Arbeitszeit. Dasselbe sagt dieser von 23,3 Proz. der Handwerksbetriebe. Eine 12—16, ja 18 stündige Arbeitszeit wird in 17,5 Prozent bzw. 29,2 Proz. verzeichnet. In den übrigen Inspektionsbezirken liegen die Verhältnisse ebenso ungünstig. Schließlich widerlegte unser Kollege den alten Einwand, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Produktion im Gefolge habe. Bei Erhebungen über den sanitären Arbeitstag müsse man — sollten diese Erhebungen einen wirklichen Werth besitzen — auch die Arbeiter hinzuziehen. Als nachahmenswerth wurde von Scherm die Unmittelbarkeit des Verkehrs der württembergischen Fabrikinspektoren mit den Arbeitern empfohlen, denn nur durch die systematische Mitwirkung der Arbeiterschaft könne ein wirklicher Arbeiterschutz erreicht werden. Notwendig sei es, daß unter die Aufsicht der Inspektoren auch das Handels-, Transport-, Verkehrs- und Gastwirthsgewerbe gestellt werde, vor allem aber die Hausindustrie. Die Errichtung einer Zentral-Gewerbeinspektion, als eine selbstständige Stelle im Staatsministerium, wurde warm befürwortet, und verwies Redner auf die Abtheilung für Arbeiterangelegenheiten im englischen Ministerium, die sogar eine eigene Zeitung herausgäbe, worin alle Arbeiterfragen eingehend erörtert werden, denn bis wir ein Reichs-Arbeitsamt bekommen würden, würde noch viel Wasser die Spree herabfließen.

Die Regierung möge die ihr gemachten Vorschläge wohlwollend würdigen und berücksichtigen sie könne sich einen schönen großen Preis erringen, so schloß unser Genosse seine Ausführungen.

Wie berechtigt die von den Arbeitern gestellten Forderungen, und wie notwendig die von unserem Kollegen gemachten Vorschläge sind, das geht aus dem

eben erschienenen Jahresbericht der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektion hervor. Es heißt da:

„Die Arbeiterorganisationen, so langsam sie sich außerhalb größerer Orte auch ausbreiten, gewinnen immer stärkere Bedeutung für die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und damit zugleich für das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Gleichzeitig entwickeln sich die Arbeiter-Sekretariate und Volksbureaus zu wirksamen Vertretern der Arbeiterinteressen. Wie viel die Arbeiterschaft ihren Organisationen, gewerkschaftlichen, katholischen u. A. zu danken hat, zeigt wiederum recht deutlich die Arbeiterbewegung des verflossenen Jahres mit ihren mancherlei für die Arbeiter bedeutsamen Errungenschaften.“ Weiter heißt es: „Nach alledem lassen die Berichte bezüglich der Arbeiterverhältnisse manchen Fortschritt erkennen, sie weisen aber neuerdings eindringlich auf das Bedürfnis fortgesetzter sozialer Reformthätigkeit hin. Die günstige geschäftliche Entwicklung vieler gewerblicher Unternehmungen hat dazu beigetragen, die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer nach verschiedenen Richtungen hin vortheilhaft auszugestalten, insbesondere hat sie im Allgemeinen die Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitsdauer ohne Schmälerung des Lohnverdienstes unterstützt. Die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung hat sich auf der bisherigen Höhe erhalten, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage aber läßt sich im Ganzen genommen nicht erkennen. Die große Empfänglichkeit endlich, welche die Arbeiter allen Bestrebungen zur Hebung ihrer sachlichen Tüchtigkeit und allgemeinen Bildung entgegenbringen, läßt nicht daran zweifeln, daß die arbeitende Klasse, wenn es gelingt, sie wirtschaftlich weiter zu heben, auch in geistig-sittlicher Beziehung einer aufsteigenden Entwicklung entgegen gehen wird.“

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

An Eisen und Eisenwaaren führte Deutschland im Jahre 1899 für 100,595,000 M (1898 68,209,000 M) ein, an Erden, Erzen und edlen Metallen für 476,445,000 M (511,169,000 M); die Ausfuhr Deutschlands an Eisen und Eisenwaaren betrug 409,808,000 M (365,141,000 M), an Erden, Erzen u. edlen Metallen 228,143,000 M (319,454,000 M). Die Einfuhr an Eisen stieg demnach im verflossenen Jahre um rund 32 Millionen Mark, während diejenige an Erden u. um 35 Millionen Mark zurückging. Die Ausfuhr an Eisen stieg um 44 Millionen Mark und diejenige an Erden u. ging um 91 Millionen Mark zurück. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Bestätigung des bedeutend gestiegenen Inlandskonsums von Eisen u. und dadurch die Bestätigung der beispiellosen Wirtschaftsprospérité. Andere Leute lesen daraus vielleicht eine Bedrängung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte heraus.

Eine neuerliche Preiserhöhung um 5 Prozent hat der Emailirwerks-Verband decretirt und durchgeführt.

Deutschland in Kanada. Im Jahre 1888 führte Deutschland nach Kanada für 91 Dollars Taschmesser und für 48,619 Dollar andere Messerwaaren aus; 1898 aber für 41,240 Dollar bzw. für 66,911 Dollar. Englands Ausfuhr an Messerwaaren überhaupt fiel in der gleichen Zeit von 283,818 auf 201,554 Dollar.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß an einzelnen Orten Vorbereitungen zu Lohnbewegungen getroffen oder die Arbeit niedergelegt wurde, ohne daß dem Vorstand hiervon Anzeige erstattet und dessen Beschluß abgewartet worden ist. Wir verweisen deshalb an dieser Stelle auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Statuts und machen darauf aufmerksam, daß Angriffsstreiks 3 Monate vor Beginn beim Vorstand anzumelden sind. Ebenso ist über eventuell einzuleitende Abwehrstreiks an den Vorstand genau zu berichten und in beiden Fällen unter keinen Umständen die Arbeit niedergulegen oder zu kündigen, bevor der Vorstand die Sachlage begutachtet bzw. zur Arbeitsniederlegung seine Zustimmung erteilt hat.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Baden-Baden: der Installateur Joh. Ernst, geb. zu Mannheim am 9. April 1879, B.-Nr. 233783;

auf Antrag der Verwaltungsstelle Heilbronn: der Schlosser Karl Sorgas, geb. zu Reinsfeld am 21. Juni 1854, B.-Nr. 313678;

beide wegen Unterschlagung von Verbands- bzw. Sammelgeldern.

Ferner ist nachstehend verzeichneten Mitgliedern des Zentralvereins Deutscher Formner vorkommenden Falles der Uebertritt bzw. die Aufnahme in unseren Verband wegen Streifbruchs beim Leipziger Formnerstreik zu verweigern:

Numm.	Name	Geburts-Ort	Jahr u. Tag
16643	Max Paul	Gaisdorf	23. 5. 62
16642	Julius Weiß	Königsberg	1. 7. 60
9933	Wilh. Weber	Grüneth	28. 7. 62
11432	Herm. Derlas	Riebertschwald	11. 8. 59
9726	Gustav Blochwitz	Neufellerhausen	6. 11. 67
9241	Otto Möblus	Neufellerhausen	6. 9. 59
20054	Albert Voigt	Lindenau	15. 11. 68
13828	Richard Geibel	Volkmarshdorf	15. 5. 60
13827	Karl Schöbel	Volkmarshdorf	15. 6. 72
10964	Anton Saal	Stötterich	29. 6. 72
20078	Bernhard Römer	Leipzig	20. 3. 42
20076	Max Barthel	Leipzig	11. 12. 71
15306	Karl Hochhardt	Friedenburgerhütte	28. 9. 59
9434	R. B. J. Richter	Leipzig	1. 1. 51
10985	Gust. K. Wolf	Leipzig-Merzdorf	22. 6. 70
18418	Jul. A. Schmidt	Leipzig	26. 8. 55
11433	G. D. Gödner	Leipzig-Thonberg	20. 5. 68
6091	F. W. Ballwitz	Weinsdorf b. Hofslau	29. 7. 65
16607	H. L. Schmidt	Leipzig	1. 8. 75
10886	D. F. Lehmann	Weissen	?
?	Wilh. Junker	?	?
?	Ernst Rüdenal	Wurzen	13. 1. 54
?	Karl Ludwig	Stroden b. Mügeln	?
13832	Paul Wende	Leipzig	1. 3. 63
?	Dinkler	?	?
16656	Oskar Müller	Gr. Bisdorfer	24. 3. 76
15295	Eugen Simon	Kabern	14. 22. 65
20085	Rob. Otto	Döbeln	11. 3. 60
9922	Otto Dietrich	Volkmarshdorf	21. 2. 74
9729	Ed. Volkmann	Sandlesleben	10. 4. 72
?	Theod. Spazier	Rothenburg	?
13136	Karl Werner	Leipzig	20. 2. 68
9424	Franz Knöbel	Leipzig	18. 5. 66
13892	Herm. Umlauf	Prinzdorf i. Schl.	8. 3. 66
11600	H. Rosenstengel	Bochum	29. 3. 69
16655	Franz Thiele	Stöben b. Chemnitz	25. 2. 66
16696	Otto Witschke	Plagwitz	19. 1. 70
	Otto Mammitsch		
	Garmatter		
	Wilh. Thormann		

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formner.

Freising. In Folge Differenzen ist der Bezug von Formneren nach hier fernzuhalten. Bericht folgt. — Die böhmischen Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

Höchst a. M. Am Sonntag, 28. Januar fand im Gasthaus zum halben Mond eine öffentliche Formner- und Gießereiarbeiter-Versammlung statt, die sich mit dem Streit in der Armaturen- und Maschinenfabrik vorm. H. Breuer beschäftigte. Zwei Beamte der Firma, die zum Stenographieren der Verhandlungen gekommen waren, forderte der Vorsitzende auf, das Lokal zu verlassen oder ihre Thätigkeit einzustellen; sie thaten das Letztere. Die Firma versucht die Streikenden durch Geldangebote abtrünnig zu machen, was ihr bei 8 Organisirten und einem Nichtorganisirten gelungen ist. Fremde sind noch nicht eingetreten, doch ist der Zugang — leider von Organisirten — so stark, wie wir solchen bisher nie kannten, was zur Folge hat, daß unsere Lokalkasse sehr geschwächt wird. Einigungsversuche vor dem Gewerbegericht hat die Firma abgelehnt, doch hoffen wir, daß bald nachgegeben wird. Die Modelle sind „auf Reisen“ und werden Wasserkränen (Eisenbahndarfen) nach Witten a. N. gesandt. (Warum erhalten wir solche Berichte so spät? D. R.)

Höchst a. M. Eine am 15. Februar tagende, öffentliche Formnerversammlung beschloß einstimmig, den Streik bei der Firma vorm. H. Breuer u. Co. aufzuheben. Es sind noch acht Gemahregelte zu unterstellen.

Mannheim. Der Streit der Formner bei der Firma Neuling in Mannheim-Neckarau ist beendet. Die Streikenden hatten sich mit dem Akkord einverstanden erklärt, wenn ihnen schriftlich ein Mindestlohn garantiert würde. Diese Forderung hat die Firma Neuling bewilligt, indem sie den Verheiratheten 4 M, den Ledigen 3,50 M pro Arbeitstag garantiert.

Altenpner.

Mannheim. Da im Januar die Firma Schäfer und Schatz, Mannheim-Ludwigshafen, sich trennte und der letzte Inhaber Georg Schäfer-Ludwigshafen das Geschäft allein weiterführt, wurde den dort verbliebenen Installateuren und Spenglern die alte Werkstattdordnung mit zur Unterschrift vorgelegt. Die Kollegen verweigerten jedoch die Unterschrift, da sie eine andere Werkstattdordnung wollten. Der Inhaber hatte auch dahingehende Zugeständnisse gemacht, doch nicht gehalten. Zwei Kollegen, die vorstellig wurden, erklärte er, nicht mit ihnen zu unterhandeln und kündigte beiden. Die Arbeitskollegen erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und reichten die Kündigung ein. Nachstehend einen Auszug aus der famosen Werkstattdordnung. § 4. Zusätzlicher aus der frühesten Verlassen der Arbeitsstätte trägt den Lohnverlust der veräumten Zeit und eine Ordnungsstrafe von 30 J im Mindesten und für jeden einzelnen Falle nach § 5. Während der Arbeitszeit ist müßiges Umherstreichen oder störende Unterhaltung, sowie Rauchen, Essen und Trinken verboten, auch darf Niemand seine Arbeitsstelle verlassen während der Arbeitszeit außer Krankheitsfall, sonst treten die Strafen § 4 auf Abzug von Lohn und Strafe in Kraft. § 8. Sämmtliche Arbeiter sind auf's sorgfältigste

und gewissenhafteste auszuführen und hat jeder Arbeiter, Installateur oder Monteur für seine Arbeit, mag sie heftiger wie sie will, materiell und persönlich zu haften. § 15. Jeder Arbeiter ist verpflichtet auch im Notfall zu arbeiten, prinzipielle Weigerung kann sofortige Entlassung zur Folge haben. Im § 25 heißt es: Wer die Arbeitsordnung in irgend einer Art verletzt oder nicht befolgt, unterwirft sich den folgenden Strafen. Folgen die angelegten Strafen. Im § 3. Abschnitt steht: Sofortige Entlassung im Falle von Unachtsamkeiten, Trunkenheit oder Fekereien. § 28. Die Strafgebühren werden bei einer Sparkasse verzinslich angelegt; aus diesen Einlagen werden beruhtene Arbeiter, die bereits 2 Jahre im Geschäft thätig waren, in Krankheitsfällen, die über 4 Wochen hinaus dauern, beruht unterstützt, daß sie 10 Prozent ihres durchschnittlichen Tagesverdienstes bis zur Wiederaufnahme der Arbeit erhalten, soweit dies nach den vorhandenen Mitteln möglich ist. Zu diesem § 26 ist zu bemerken, daß der Fall, daß Leute 2 Jahre beschäftigt werden, sehr selten ist. Die am 3. Februar aus der Arbeit getretenen haben bereits anderwärts Arbeit erhalten. Ueber die Firma ist die Sperre verhängt und ist Bezug von Installateuren und Spenglern fernzuhalten.

Düsseldorf. Am 7. Februar beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung mit dem Streit bei Wortmann u. Elbers. Dieser erstattete Bericht über die Einigungsverhandlungen, welche unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Wälfing stattgefunden hatten und geschlichtet sind, weil Herr Dr. Elbers erklärte, nur noch 15-20 von den 88 Streikenden einstellen zu wollen. Da sich Streikbrecher noch nicht gefunden haben und die Firma mit Aufträgen überhäuft ist, so ist der Standpunkt des Firmeninhabers nicht anders zu erklären, als daß er sich als „hartköpfigen Westfalen“, wie er sich selbst genannt hat, vor der Öffentlichkeit zeigen will. Wenn die Situation für die Streikenden so günstig bleibt wie bisher, so wird die Hartnäckigkeit wohl bald weichen. Spiegel referierte über die Besen der Angestellten der Firma nach Arbeitswilligen. Mit 800 M ausgestattet ist Meister Pantert in Böhmen und Sachsen gewesen. Der Erfolg war „ganz enorm“: 7 Mann brachte derselbe mit, 4 aus Böhmen und 3 aus Sachsen. Es werde nicht gestreift, hatte der biedere Unteroffizier des Kapitals den Leuten erklärt, es läge ihm nur daran, einige tüchtige Klemmer zu bekommen, denn die Düsseldorf Klemmer seien alle Schuster. Eine Klotzesse hatte Meister Pantert an den Tag gelegt, die verdient, der Welt bekannt zu werden: Er hätte den Arbeitswilligen für die Reise von Brünn nach Düsseldorf 50 M Gehrgeld gegeben. Als die Kolonne hier angelangt war, erbarmten sich die Streikenden der ausgehungerten Böhmen, machten dieselben ordentlich satt, brachten sie wieder zum Bahnhof und schickten sie dorthin von wo sie gekommen waren. Zimmerlin hat Meister Pantert seinen Kollegen weit in den Schatten gestellt, denn dieser hatte nur zwei Mann aufgebahrt, welche sich natürlich auch, nachdem sie aufgeklärt worden, solidarisieren erklärten. Der Referent war in der Lage, etwa 20 Briefe zu verlesen, die vom Fabrikanten und den Angestellten nach allen Richtungen verschickt waren, und in welchen den betreffenden Arbeitern unter den verlockendsten Bedingungen Arbeit angeboten wurde. Die Briefe haben leider fast alle das Malheur, in die Hände des Streikbureaus zu fallen. Niedriger gehängt zu werden verdient ein Brief, welcher nach Böhmen geschrieben war; es wurde den beiden Klemmern, an die der Brief gerichtet war, geraten, ihre Möbel zu verkaufen und mit Hund und Kegel nach Düsseldorf zu kommen, da man die Sachen hier auf Abzahlung bekommen könne. Ein edler Plan; aber er ist nicht geklärt. Interessant war auch, daß einige der Briefe vor Anfang der Differenzen geschrieben waren, so daß die Annahme berechtigt erscheint, die Differenzen seien lange Zeit vorbereitet. Jedemfalls ist die Firma über den Verlauf der Dinge sehr enttäuscht, und wenn die Situation so günstig bleibt wie bisher, dürfte der Streit mit einem Siege der Arbeiter enden.

Selbigeher und Gürtler.

München. In der Wästerfabrik von Roth ist es um die Arbeitszeitverlängerung zum Streit gekommen und stehen 35 Mann im Ausstand. Bezug ist streng fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Augsburg. Der Vorsitzende der am 10. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung gab bekannt, daß unser bisheriger Bevollmächtigter Herr in Folge seiner Thätigkeit für den Verband gemäßigter wurde. Sollten die hiesigen Unternehmer glauben durch diese Laxität uns zu schaden, dann seien sie mit ihrer Meinung auf dem Polizeywege. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Kollege Bernthal und zum 2. Kollege Schloffer gewählt. Vom Gewerkschaftsverein erstattete Kollege Schmidt Bericht. Nachdem noch beschlossen, am Fastnachtdienstag eine Unterhaltung zu veranstalten, theilte der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung erst am 10. März stattfindet, in der mit der Statutenänderung begonnen werden soll.

Stiefelsfeld. In der am 4. Februar stattgefundenen Versammlung sämtlicher Sektionen Stiefelsfelds kam der Antrag der Ortsverwaltung: „Wie betreiben wir unsere Agitation?“ zur Verhandlung. Punkte machte den Anwesenden bekannt, daß er die Geschichte vorläufig weiter geführt habe, da die Anstellung eines besoldeten Beamten jedwals noch lange auf sich warten ließe. Im Laufe der Debatte wurde das Verhalten Bunte's gebilligt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Nach den Ausführungen des Kollegen Bunte über seine Thätigkeit im Monat Januar beschließt die heutige Versammlung, wenn die Agitation keinen dauernden Schaden erleiden soll, Bunte als unbesoldeten Vertrauensmann weiter zu belassen, bis der Hauptvorstand die Anstellung eines besoldeten Beamten in die Wege geleitet hat.“ Zur Mitarbeit wurde ein Agitationskomitee von fünf Personen gewählt. Ferner wurde beschlossen, als Beitrag zur Agitation dem Vertrauensmann vierteljährlich 25 M zu überwachen. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Einberufung der Ortsverwaltung, wurde beschlossen, dem ersten Bevollmächtigten 200 M, dem ersten Kassierer ebenfalls 200 M und 60 M Kantongeld jährlich zu bewilligen.

Danzig. Die Wahl der Ortsverwaltung wurde in der am 1. Februar stattgefundenen Versammlung vorgenommen. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Klein, zum Kassierer

Sipeweski und zu Revisoren Hill, Schobber 1 und Baumhüdel gewählt. Beschlossen wurde, die Mitgliederversammlungen alle 4 Wochen abzuhalten. — Eigentümliche Verhältnisse herrschen in der Waggonfabrik, denn dort sind die Meister — es ist kaum glaublich — mit Revolvern ausgerüstet. Bei einem Konflikt mit zwei Kollegen zog der Schmiebeinmeister den Revolver, und wenn die Fabrikleitung oder die Polizei hier nicht Abhilfe schafft, dann ist es nicht verwunderlich, wenn sich hier einmal ein zweites „Böbtau“ abspielt. Vor einem gewissenlosen Agenten warnte Kollege Schobber, denn dieser suche unter dem Versprechen eines Tagelohns von 6-7 M Metallarbeiter nach Magdeburg-Buckau zu locken, wofür selbst unsere Kollegen im Streit stünden. Auf die Entwidlung der Industrie in Westpreußen verwies Kollege Klein und mühte versucht werden, die in diesem Bezirke arbeitenden Berufsgenossen der Organisation zu gewinnen, damit sie nicht zu Vohndrückern werden. In Danzig selbst sei es unser aller Pflicht dahin zu wirken, daß die so menschenunwürdigen Verhältnisse in den hiesigen Betrieben beseitigt würden. — Nächste Versammlung am Donnerstag, den 1. März.

Frankenthal. Am 10. Februar fand im Lokale Wargand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Schmitt gab den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr des Kartells, dem wir entnehmen, daß in dem abgelaufenen Jahre 17 Delegiertenversammlungen abgehalten wurden. Außerdem fanden drei öffentliche Versammlungen statt, in denen eine die Zuchttaubvorlage behandelt wurde. Die Zahl der Organisationen belief sich auf 14 mit 1118 Mitgliedern; die Hälfte gehört dem Metallarbeiter-Verband an. Eine Arbeiterschuttkommission wurde gebildet, die den Zweck hat, die sanitären Mißstände in den Fabriken und dem Baugewerbe zu untersuchen und eventuell Abhilfe zu schaffen. Der Kassierenbericht ergab eine Gesamteinnahme von 766,84 M, eine Ausgabe von 393,08 M, mithin verbleibt ein Kassenbestand von 388,66 M. Im Anschluß an die Berichterstattung fand eine rege Diskussion statt, die sich hauptsächlich mit dem großen Ueberflusse des Kartells beschäftigte und wurde hierbei der Beitrag, welcher an's Kartell abzuführen ist, als zu hoch bezeichnet. Die Angelegenheit mit der Weiterverhängung der Sperre über die Siegerei Guttman rief eine lebhafte Debatte hervor. Die Ortsverwaltung der hiesigen Filiale des Zentralvereins der Former war eingeladen, da im „Glückauf“ einige Zeit die Bekämpfung der Sperre unterblieben war. Ein Antrag, die Sperre über die Guttman'sche Siegerei weiter zu verhängen, wurde mit großer Majorität angenommen, und soll die Sperre so lange bestehen bleiben bis die Firma gewillt ist mit den beiden Organisationen Metallarbeiter-Verband und Zentr.-L.-Verein zu unterhandeln und die Mißstände zu beseitigen. Auch die Sperre der Firma Bettinger wurde gestreift. Die bei dieser Firma gemäßigten Kollegen stehen alle wieder in Arbeit. In letzter Zeit in der Umgebung abgehaltene Versammlungen brachten eine große Anzahl Neuaufnahmen. Mit der Aufforderung, die Versammlungen fleißig zu besuchen und rege für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. In der am 31. Januar bei Hilmer stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Kassierer Schulz die Abrechnung und erläuterte zum Schluß noch einige Posten. Bei der Wahl eines Kassierers tritt Weinheber für die Wahl eines Klemmers ein, und zwar aus taktischen Gründen. Man könnte damit der künstlich genährten Unzufriedenheit unter den Klemmern etwas steuern. Während der Wahlhandlung gibt Sturms einen kurzen Bericht über das bestehende Kassierer-System und erzuht die Mitglieder, ihre Frauen besser zu instruieren, damit die Kassierer nicht so lange zu warten brauchen. Otto Schulz weist noch auf das nachlässige Zahlen der Extrabeiträge hin, von 9500 zu zahlenden Extrabeiträgen sind nur 6758 bezahlt. Wir können ohne Extrabeiträge nicht auskommen. Reizner gibt das Wahlresultat bekannt. Unterleher ist mit 175 von 296 Stimmen gewählt. Bezirkskassierer Schulz gibt einen Ueberblick über die Handhabung der Kassierung und erzuht um mehr Entgegenkommen seitens der Mitglieder. Junge faßt die Ausführungen dahin zusammen, daß es notwendig sei, eine weitere Kraft zum Kassieren anzustellen, wozu auf den Beschluß der allgemeinen Versammlung, wonach Beschwerden mündlich oder schriftlich an das Bureau gelangen sollen, und zwar nur von den beteiligten Personen. Dann wird beschlossen, die Extrabeiträge beizubehalten. Für die Kommission in Sachen Käthe berichtet Alex und verliest zum Schluß eine von der Kommission verfaßte und empfohlene Resolution. Wegen vorgerückter Zeit kann in eine Diskussion hierüber nicht eingetreten werden. — Fortsetzung erfolgte in der kombinierten Versammlung am Donnerstag, 8. Februar, bei Lütje, Valentinslamp. Die Versammlung beschäftigte sich den ganzen Abend mit dem Bericht der Kommission in Sachen Käthe. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Kommission ist nach Anhören beider Parteien zu folgendem Beschluß gekommen: Käthe hat sich bei seiner Thätigkeit für den D. M. B., Zahlstelle Hamburg, Sektion der Klemmer, nichts zu Schulden kommen lassen. Er hat in keiner Weise durch seine Thätigkeit in Hamburg Anlaß gegeben, ihn von der Verwaltung der hiesigen Zahlstelle auszuschließen.“ Die nächste Versammlung findet am 7. März bei Hilmer, Sanktmarkt 35, statt.

Garthaus. In der Selbstschranfabrik von Drechsler u. Wagner haben sich seit ca. 7 Jahren eine Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter dem D. M. B. angeschlossen, und fürchtet man die Firma, daß diese um eines Tages Forderungen stellen werden. Damit nun dem „heiligen Profit“ kein Abbruch getan wird, sucht man diese Leute, die ihre indifferenten Kollegen aufklären (die Firma sagt aufgeben), so nach und nach zu entlassen. Die Kollegen, speziell Kassierkassierer und Hauskassierer, werden erzuht, diese Firma zu meiden bis bessere Verhältnisse dort geschaffen sind; wird doch dort noch 65% Stunden pro Woche gearbeitet.

Hertolds. Am 1. Februar fand im Rollmann'schen Saale eine allgemeine Schiefererversammlung statt, in der Kollege Bunte-Stiefelsfeld über „Die Lage im Schleifergewerbe und wie wir sie verbessern“ referierte. Die Mißstände im Schleifergewerbe spotten jeder Verbesserung. Die Schloßschloßerei und Lehrlingszuchterei hat einen immensen Umfang angenommen. Die Durchführbarkeit der Arbeiterschuttkommission ist von den „arbeiterschützenden“ Unternehmern unterlassen worden. Es sind keine Auflebenssamen, keine

Waschvorrichtungen (10-15 Kollegen waschen sich in einem Kübel) und keine Speisefäle vorhanden, gar nicht zu reden von den schlechten Abortverhältnissen. Um all' diese Uebelstände abzuschaffen, müssen sich die Schleifer organisieren. Die Unternehmer organisieren sich in Ringen, Kartellen, Trusts u. s. w., während den Arbeitern vom Unternehmer verboten ist, das Koalitionsrecht wahrzunehmen. Die Beseitigung des Affordsystems ist dringend notwendig. Die in der Mitgliederversammlung gestellten Forderungen auf 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 4 M Minimallohn sind berechtigt und sind Anstalten zu treffen, dies zu erringen, zumal die hiesigen Verhältnisse einer Großstadt gleichkommen. Das kann aber nur durch den Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation erreicht werden. Darum: „Stein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und ließen sich mehrere Kollegen aufnehmen. Zu der Diskussion wurden nachstehende Forderungen besprochen und einstimmig angenommen: 1. 9 1/2 stünd. Arbeitszeit, 2. Gehilfen, die ihre Bezüge noch kein Jahr hinter sich haben erhalten einen Lohn von 3,50 M, 3. alle übrigen Schleifer einen Minimallohn von 4 M, 4. Durchführung der Arbeiterschuttkommissionen und 5. freies Koalitionsrecht. Öffentlich werden die Schleifer bei einem eventuellen Vorgehen den Sieg davontreiben zum Segen der Familie, der Gerechtigkeit und der gewerkschaftlichen Bewegung. Mit einem dreifachen Hoch auf den D. M. B. wurde die Versammlung geschlossen.

Böslin. Was für Zustände heute noch in den ländlichen Industriebezirken möglich sind, davon liefert die hiesige Werkstätte Maler und Hahn ein nur zu trauriges Bild. Zunächst wurde vor einigen Wochen unser Kassierer Kollege Bota gemäßigert, aus dem einfachen Grunde, weil er das schauerliche Verbrechen beging, eben Kassierer der Verwaltung Böslin des D. M. B. zu sein. Doch das kommt schließlich anderswo auch vor. Sodann aber machte unser Mitglied Brülens, ein schwächlicher Mensch, traurige Erfahrungen. Wegen Angelegenheiten, über die man sonst anderswo schweigt, aber doch es höchstens zu einer höflichen Auseinandersetzung kommt, wurde B. vom Sohn eines der Herren Chefs gestoßen und geschlagen. Grobheiten sind an der Tagesordnung. Wenn nun die Bude sonst ein Idyll wäre, in der der Arbeiter sich einigermassen wohl fühlen könnte, so wären vielleicht für solche Fälle, als Ausnahmen betrachtet, hier und da ein Entschuldigungsgrund zu finden. Aber weit gefehlt! Gewöhnlich wird Nachts gegossen und bei einer Beleuchtung, die jeder Beschreiber spottet. Ein einziger Hilfsarbeiter muß die Arbeit machen, wo in anderen Buden 2-3 Mann für nötig erachtet werden. Dagegen versucht man stets einen Former mehr zu halten als nötig ist. Wenn Alles geformt ist, dann steht ein Mann da und weiß nicht was er beginnen soll. Hilft ein Former einmal den anderen bei einer Arbeit, dann soll der Betreffende diese Hilfe von seinem Verdienst dem anderen bezahlen! Sobald die notwendige Arbeit fertig ist, fliegt ein Mann einfach heraus. Jetzt sucht die Firma in der bösliner Zeitung „tüchtige Former bei hohem Verdienst!“ Wir möchten nun jeden Former warnen, falls die Besuche auch in andere Blätter übergehen — nach Böslin sich locken zu lassen!

Mannheim. Am 3. Februar fand im Saale des „Goldenen Sturpes“ eine außerordentliche Monatsversammlung statt, die sich mit dem Ausschlußantrage des Mitgliedes Martin Reber beschäftigte. Kollege Hahn legte eingehend den Fall dar. Zwei Ausschußmitglieder von Frankfurt waren erschienen. Kollege Dejung rechtfertigte das Verhalten des 1. Vorsitzenden. Die persönliche Debatte spielten eine große Rolle, was unter keinen Umständen gebilligt werden kann, denn dadurch wird der Verband nur geschädigt. Die Ergebnisse der Diskussion waren, wie zu erwarten, sehr kargliche. Der eine Antragsteller hatte noch nicht einmal seine Beiträge vom letzten Vierteljahr bezahlt. Am Schluß der Versammlung gab Kollege Dejung noch bekannt, daß ein Vertrauensmann der Filiale Frankfurt bei der Firma Brown-Boveri u. Co. gemäßigert sei und ersuchte der Reber die Kollegen von Mannheim, da die Firma von Frankfurt nach hier übersiedelte, auf dem Posten zu sein. — Der Berichterstatter wird von uns erzuht, künftig deutlicher zu schreiben, die Worte nicht abzukürzen und das Geschriebene vor dem Auflesen nochmals durchzulesen. D. M. B.

Mettmann. Am Sonntag, den 4. Januar, tagte in dem Lokale von Peter Fingmann unsere erste Mitgliederversammlung seit Bestehen unserer Zahlstelle, die gut besucht war. Wir haben hier ein riesiges Arbeitsfeld vor uns, das zu bearbeiten bei der Rückständigkeit der hiesigen Metallarbeiter nicht leicht ist. Aufklärung kann geschaffen werden, wenn die Kollegen die Mühe nehmen und ihre Mitarbeiter mit in die Versammlung bringen. Die Versammlungen finden alle 14 Tage Samstag Abends um halb 9 Uhr statt, die nächste am Samstag, den 3. März.

Münsterfeld. Die f. B. über die Firma Ernst H. Rog verhängte Sperre (die übrigens sehr gut gewirkt hat) ist aufgehoben.

Nordhausen. Wenn von 60 Mitgliedern, in der am 10. Februar stattgefundenen Versammlung 15 anwesend waren, so ist das ein Beweis für das Interesse unserer Kollegen, ihre Lage zu verbessern; die Mitglieder haben dann aber auch hier kein Recht zu sagen, für Agitation geschähe zu wenig. Sorge jeder, daß unsere Versammlungen künftig besser besucht werden, und die Beiträge pünktlicher eingehen, damit in Nordhausen die Zugehörigkeit zum D. M. B. nicht wie Vereinspielerei ansteht.

Regensburg. Von der schon erwähnten Maschinenfabrik von Schöb wollen wir heute berichten. Werkzeug, das nur ungenügend vorhanden ist, befindet sich in schlechtem Zustande. Fein werden abgezogen wie Polierstäbe. Mit einer großen Feile, die sich ein Schlosser mitgebracht, feilten Alle. Trotz dem schlechten Werkzeug treibt der Vorarbeiter Roth die Arbeiter auf's Äußerste zur Arbeit an. Die Lehrlingszuchterei hat eine ungeahnte Höhe erreicht; auf insgesamt 11 gelehrte Arbeiter kommen 15 Lehrlinge. Da wir gerade bei dem Kapitel „Lehrlingszuchterei“ sind, seien noch einige Betriebe angeführt. Bei Kunstschloßermeister Kauter kommen auf 6-7 Gehilfen 9-11 Lehrlinge, in der Kunze- u. Hauschloßerei von Koriß (der Mann mit der militärischen Disziplin) auf 13-15 Gehilfen 11-13 Lehrlinge, bei Hauschloßerei Kleinmann beschäftigt bei 3 Gehilfen 11 Lehrlinge, die mechanische Werkstätte von Kufmann in Sanktjohann 2 Gehilfen und 9 Lehrlinge und die Bau-

schlosserel von Kreuzer 7-9 Lehrlinge ohne Gehilfen. Wir könnten noch eine ganze Reihe solcher Fälle anführen, doch glauben wir hiermit bewiesen zu haben, in welcher erschreckenden Maße die Lehrlingsausbeutung hier betrieben wird. Herr Schöpf schließt mit seinen Lehrlingen Sonderverträge dahin gehend, daß ein Jeder nach überstandener Lehrzeit noch ein Jahr bei ihm arbeiten muß. Auf diese Weise sichert sich Sch. billige Gehilfen, denen er 1,50 M. im Höchstfall aber 2 M. pro Tag gibt. Daß mit den im Allgemeinen niedrigen Löhnen nicht auszukommen ist, liegt auf der Hand. Trotzdem haben die Unternehmer den Muth, den Arbeitern nach bekannten Mustern vorzurechnen, wie man mit derartigen Löhnen auskommen kann. „Wenns nicht reicht, dann hauen Sie sich aufs Maul“, sagte man den Arbeitern. Aufgabe der organisierten Kollegen ist es, die Unwissenenden aufzuklären und sie dem D. M. B. zuzuführen, vermittelt dessen bessere Verhältnisse herbeigeführt werden können.

Reichenbach i. M. In einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte am 10. Februar Kollege Weber-Ghemnis über „Zweck und Nutzen des D. M. B.“ Mit Beifall nahmen die Anwesenden die Ausführungen des Referenten entgegen. Zum Kartelldelegierten wurde Kollege J. Hummel gewählt. Zur Kritik gab die Firma J. C. Baum Veranlassung. Dem Kollegen Bollrath, der 5 Jahre in der Fabrik thätig war und plötzlich entlassen wurde, gab Baum auf die Frage nach dem Grund der Entlassung zur Antwort, daß er (B.) einen solchen nicht habe. Kollege B. war Werkstättenassistent und dürfte sich dieserhalb das Mißfallen des Herrn Baum zugezogen haben. Lebhafteste Klagen wurden über das Verhalten des Meisters Heidel bei der Firma Philipp und Krüger geführt. Da die Arbeiter bei Beginn einer Arbeit häufig nicht den Preis genannt bekommen, sind Akkordreduktionen etwas alltägliches. Dabei hat K. für sich selbst andere Grundsätze, denn er betreibt auch noch ein Fahrrad- und Nähmaschinengeschäft, wobei er seine Kunden unter den ihm unterstellten Arbeitern sucht. Sollte der Herr nicht bald einsehen, daß Arbeiter auch ein Recht auf anständige Behandlung haben, so werden wir Anlaß nehmen, uns noch recht oft mit ihm zu beschäftigen. Mit einem Hoch auf den D. M. B. fand die Versammlung nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, rege für den Verband thätig zu sein, ihr Ende.

Schwerin i. M. In der Mitgliederversammlung vom 17. Februar wurde ein Schreiben vom Vertrauensmann für Mecklenburg, betr. des Vertrauensmännerstreiks verlesen, worauf folgende Resolution eingebracht und angenommen wurde: „Die Konferenz für Mecklenburg spätestens bis zum 1. April d. J. einzuberufen betr. Regelung der vom Vertrauensmann gestellten Anträge, damit sich sämtliche Verwaltungen Mecklenburgs darüber aussprechen können und wir ohne diese Konferenz keine Stellung zu den gestellten Anträgen nehmen werden.“

Stuttgart. Unseren Mitgliedern bringen wir nachstehend das neue Reglement zur Kenntniß. § 1. Die beteiligten Sektionen, sowie der Bezirk Heilach des D. M. B. Stuttgart, treten unter Aufhebung der einzelnen selbstständigen Sektionsverwaltungen, jedoch unter Beibehaltung ihrer Sektionsversammlungen, zum Zweck der Regelung gemeinsamer Verbandsangelegenheiten zu einer gemeinsamen Ortsverwaltung zusammen. § 2. Die Aufgaben dieser gemeinsamen Verwaltung erstrecken sich: a. Allgemeine Agitation, b. Ausbau des Vertrauensmännerstreiks, c. Führung sämtlicher Kassenangelegenheiten, Kassenbücher zc. d. Gemeinsamer Einzug der Beiträge durch angestellte Beiragsammler, e. Regelung von Lohnindifferenzen, Streiks zc. f. Abhaltung von regelmäßigen gemeinschaftlichen Versammlungen für alle beteiligten Sektionen. g. Festsetzung der Tagesordnungen und Annoncen für die Sektions- und gemeinschaftlichen Versammlungen. h. Bewilligung von Unternehmungen aus Lokalmitteln. i. Abhaltung von Fachkurien. k. Pflege der Geselligkeit durch Abhalten geeigneter Festlichkeiten. § 3. Die Regelung der übrigen Organisationsangelegenheiten, wie Festsetzung der Sektionsversammlungen, Neuaufnahmen von Mitgliedern, Wahl der Bibliothekare und der Gewerkschaftsdelegierten bleibt den zuständigen Sektionen überlassen und ist denselben die hierzu nötige Unterstützung durch die gemeinschaftliche Verwaltung zu leisten. § 4. Zur Leitung der Sektionsversammlungen und zur Ausführung der Beschlüsse wählen die Mitglieder alljährlich im Dezember einen Bevollmächtigten, einen Stellvertreter und einen Schriftführer. § 5. Die durch die Ausführung der Sektionsbeschlüsse entstehenden Ausgaben werden durch die gemeinschaftliche Kasse gedeckt, und haben die einzelnen Sektionen das Recht, die auf dieselben entfallenden Lokalgelder des Mitgliederstandes vom vorhergehenden Quartal, nach Abzug der gemeinsamen Verwaltungskosten, sowie eines verbleibenden Kassenbestandes von mindestens 100 „, zu diesem Zweck in Anspruch zu nehmen, die entstehenden Ausgaben sind in der gemeinschaftlichen Verwaltungssitzung mitzuteilen und müssen eventuell mehr Ausgaben durch dieselbe genehmigt werden. § 6. Die gemeinschaftliche Verwaltung setzt sich zusammen aus den jeweiligen Bevollmächtigten und deren Stellvertreter, sowie aus einem Vertrauensmann des Bezirks Heilach. Diese wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, einen Ortskassier und zwei Schriftführer, wovon der Eine die Protokolle der Verwaltung, der Andere die der gemeinschaftlichen Versammlungen führt, sowie die Revisoren, welche zusammen gegenüber dem Hauptvorstand des D. M. B. als Bevollmächtigte der Zahlstelle Stuttgart gelten. Die Verwaltung gibt sich ihre Geschäftsordnung unter Beachtung der Statuten des D. M. B. selbst. § 7. Alle vier Wochen findet eine gemeinschaftliche Versammlung statt, wobei vierteljährlich ein Kassenbericht gegeben wird. Die Konstituierung der gemeinschaftlichen Verwaltung findet jeweils im Januar jeden Jahres statt. Alle 14 Tage findet mindestens eine Verwaltungssitzung statt. § 8. Die Anstellung des Beitragskassiers erfolgt durch die Verwaltung und ist dessen Geschäftsanweisung nebst Anstellungsbedingungen durch Vertrag geregelt. Derselbe hat den jeweiligen Sitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen. Vorstehendes Reglement ist in der Verwaltungssitzung von den Vertretern sämtlicher beteiligter Sektionen am 27. Dezember 1899 angenommen worden.

Würzburg. In der am 3. Februar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung gab der Vorsitzende Föttinger den Jahresbericht der hiesigen Ortsverwaltung, dem zu entnehmen ist, daß trotz der Erhöhung der Beiträge 63 Neu-

aufnahmen zu verzeichnen waren, was, da die Interesselosigkeit der hiesigen Metallarbeiter noch sehr groß, ein gutes Resultat ist. Zugereist sind in diesem Jahre 28, abgereist 42. Hauptächlich sind es die Spengler und Schmiede, die nicht zur Organisation zu bringen sind, es sind im Ganzen fünf Schmiede und vier Spengler organisiert. Versammlungen wurden abgehalten: 24 Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche Versammlungen. Der Mitgliederstand ist 84. Die Einnahmen betragen 1025,70 M., die Ausgaben 948,10 M. Von den Ausgaben gingen für 27917 Kilometer Reiseunterstützung allein 572,35 M. ab.

Metallbrüder.

Kollegen, es ist unbedingt notwendig, daß wir in englischer Fühlung bleiben, in Betracht, daß unsere Lage von Tag zu Tag eine schlechtere wird. Da unser Beruf keine allzu große Ausdehnung besitzt, ist die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses gegeben, und ersuchen wir darum alle Ortsverwaltungen, an Unterzeichneten Adressen von zuverlässigen, organisierten Kollegen gelangen zu lassen.

Der Vertrauensmann der Brüder Dresdens.
Bureau, Ehrlichstr. 14.

Radler.

Kollegen! In Hannover sind zwei Werkstätten, in denen es uns bislang nicht möglich war, die einzelnen Mißstände zu beseitigen. In diesem Frühjahr gedanken wir in eine Lohnbewegung einzutreten, und ersuchen wir die Kollegen, uns jetzt schon zu unterstützen, indem der Bezug nach Hannover streng fern gehalten wird.

Mit kollegialem Gruß
Die Radler und Siebmacher Hannovers.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.)

Bekanntmachung.

Der Vorstand beantragt folgende Statutenänderungen: § 4, Abs. 2: Zwischen „anhaltende“ und „Krankheit“ einzuschalten: „oder früher überstandene“. Die Notwendigkeit dieser Bestimmung hat sich aus dem Verfahren in Straf- und Zivilprozessen ergeben, außerdem ist sie die notwendige Konsequenz eines früheren Beschlusses der Generalversammlung, betreffend die auf den Beitrittschein anzubringenden Fragen.

§ 6, Abs. 3: Zwischen „Beiträge“ und „Bußen“ einzuschalten: „zu Unrecht erhaltenes Krankengeld“. Auch für diese Bestimmung hat sich die Notwendigkeit aus der Erfahrung gegeben, indem ein Mitglied sich nicht für verpflichtet hielt, Krankengeld zurückzuzahlen, welches dasselbe bei seiner früheren Mitgliedschaft zu Unrecht erhalten hatte.

Außerdem hat der Vorstand über § 27, Abs. 3 und 6 beraten und beschlossen: „Die Mitglieder aufzufordern darüber zu beraten und ihre Delegierten dementsprechend zu instruieren, ob die Zahl der Mitglieder, welche einen Delegierten zu wählen hat, auf 750 oder auf 1000 erhöht werden und ob eine Erhöhung des Diätensatzes für die Delegierten eintreten soll.“ Es ist dabei zu beachten, daß bei dem großen Anwachsen der Mitgliederzahl bei der jetzigen Bestimmung die Delegiertenzahl schon eine Höhe erreicht hat, daß es nur noch einem geringen Bruchteil derselben möglich ist, ihre Meinung auf der Generalversammlung zum Ausdruck bringen zu können. Außerdem verringern sich bei einer Verringerung der Delegiertenzahl selbstverständlich auch die Kosten, so daß bei einer Erhöhung der Mitgliederzahl auf 750 bezw. 1000 nur 30 bezw. 20 „ als Delegiertensteuer erhoben zu werden brauchen.

In Bezug auf die Erhöhung der Diäten ist in Betracht zu ziehen, daß die Mehrzahl der Delegierten aus Familienvätern besteht, die nach Abzug des Lohnausfalls mit dem verbleibenden Rest von den 8 M. pro Tag die Kosten des Aufenthalts in einer fremden Stadt nicht bestreiten können.

Ein Zirkular, enthaltend das Wahlreglement, die Wahlkreis-einteilungen zc., sowie neue Adressenverzeichnisse ist an sämtliche Filialen versendet; sollte eine derselben die Sendung nicht erhalten haben, so ersuchen wir, sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren.

Bei der 39. Wahlabteilung, Nürnberg, fehlt leider durch ein Versehen der Druckerei die Zahl der zu wählenden Delegierten; diese Abtheilung hat drei Delegierte zu wählen.

Die Generalversammlung wird in Köln a. Rh. abgehalten und, wie bereits bekannt gemacht, am Dienstag, den 5. Juni cr., Morgens 8 Uhr, eröffnet werden.

Hamburg, 17. Februar 1900.

Mit Gruß

Der Vorstand.

Technisches.

Ein Fortschritt im Dampfmaschinenbau. Im „Prometheus“ lesen wir: Eine Dampfmaschine, die bei einer Leistung von 150 PS nur 600 Kg wiegt, wurde, wie die Zeitschrift Z'Industrie berichtet, kürzlich in den Werkstätten der Firma Boulté und Carbohière in Auberostillers fertiggestellt und von einer Kommission von Sachverständigen geprüft. Die Maschine, die ganz aus Stahl und Aluminium gebaut ist, macht bei einer Maximalleistung von 150 PS 900 Umdrehungen in der Minute, während die Maschinen der schnellsten Torpedoboote nur 600-650 Umdrehungen in der Minute vollführen, so daß die neue Maschine einen bedeutenden Fortschritt im Dampfmaschinenbau darstellt. Wenn man überdies bedenkt, daß bei einem Gesamtgewicht des Motors von 600 Kg, und einer Leistung von 150 PS nicht ganz 4 Kg. auf die effektive Pferdestärke kommen, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß diese Konstruktion bereinst auf die Entwicklung der leistungsfähigen Luftschiffe, sowie der Selbstfahrer mit Dampftrieb von Einfluß sein dürfte.

Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes sieht unter dem Eindruck des österröschischen Bergarbeiter-Streiks. Ueber die Wirkungen stellt die Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ eine Reihe von Thatsachen zusammen. Aus-

dem sächsisch-thüringischen und dem süddeutschen Industriegebiet laufen in Folge der Kohlennoth täglich Meldungen von Betriebsstörungen ein; in Sachsen mußte schon der Güterverkehr auf den Eisenbahnen beschränkt werden. Aber auch in Rheinland-Westfalen mußten große Werke, wie der Förder Bergwerks- und Hüttenverein, durch Beistellung englischer Kohlen Vorräte treffen, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. In dem abgelaufenen Monat Januar wirkte die Kohlennoth noch nicht so stark, daß im Gesamtbilde des deutschen Arbeitsmarktes die aus dem Vorjahre übernommenen Momente des Fortschrittes nicht noch überwogen hätten. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen auf 100 offene Stellen 125,8 Arbeitsuchende gegen 133,0 im gleichen Monat des Vorjahres; bei den Krankenkassen nahm im Laufe des Januars die Zahl der Beschäftigten um 2,2 Prozent zu (gegen 0,6 Proz.). In Folge der Betriebsstörungen, die durch die Kohlennoth veranlaßt werden, wächst indessen auch nach der genannten Zeitschrift die Gefahr, daß bei längerer Dauer der Kohlennoth die bisher günstige Lage des Arbeitsmarktes einen Umschwung in absteigender Linie erfahren könnte.

Ueber die Errichtung und den Betrieb der Zinkhütten hat der Reichsanwalt eine Bekanntmachung erlassen, die auf Grund der §§ 120a und 189a der Gewerbeordnung Anordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter enthält. Sie gibt Vorschriften über die innere Ausstattung der Hüttenräume, über Ventilationsvorrichtungen, Behandlung des Materials, Beschaffung von Trinkwasser, Herstellung von Speise-, Wasch- und Umkleeräumen und die Gewährung warmer Bäder im Betriebe.

Ferner wird vorgeschrieben, daß der Unternehmer einen dem Gewerbeinspektor namhaft zu machenden Arzt zu bestellen hat, der die Arbeiter mindestens einmal monatlich im Betriebe aufsucht und auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Ueber diese Untersuchungen muß ein Kontrollbuch geführt werden.

Vom 1. Januar 1902 wird die Beschäftigung von Arbeiterinnen bei verschiedenen Einrichtungen der Zinberhüttung verboten. Neue Arbeiterinnen dürfen für diese Einrichtungen vom Tage des Inkrafttretens der Bekanntmachung nicht mehr angenommen werden.

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wird für die gleichen Einrichtungen sofort verboten. Diese beiden Bestimmungen gelten nur bis zum 1. Januar 1910.

Auch die Beschäftigung von Arbeitern zwischen 16 und 18 Jahren wird für einige Einrichtungen ganz verboten, für die übrigen von der Beibringung eines Gesundheitsattestates abhängig gemacht.

Die Bekanntmachung tritt am 1. Juli ds. Jrs. in Kraft. Soweit zur Erfüllung ihrer Vorschriften bauliche Veränderungen nötig sind, kann Frist bis 1. Juli n. Jrs. gewährt werden.

Mit den höheren Löhnen der Arbeiter haben nun schon seit Jahren die koalitierten Unternehmer die Erhöhung der Waarenpreise zu erklären versucht; wir haben wiederholt darauf verwiesen, wie wenig dies der Wahrheit entspricht. Und wo der Arbeiter wirklich einen höheren Lohn sich zu erringen wußte, da ging derselbe bei der Steigerung der Lebensmittelpreise darauf. Die Preise der Lebensmittel bewegen sich seit Jahren in aufwärtssteigender Linie. Es folgten:

Gegenstand	Maß- bezeich- nung	1895	1896	1897	1898	Okt. 1899
		M.	M.	M.	M.	M.
Roggen . . .	1000 Kg.	117,08	118,85	124,32	139,55	149,85
Weizen . . .	1000 „	139,95	151,44	162,53	168,11	152,59
Roggenmehl . . .	100 „	16,67	16,42	17,19	20,31	19,50
Weizenmehl . . .	100 „	20,71	21,85	24,44	25,50	21,50
Reis . . .	100 „	17,20	17,85	19,41	23,38	21,25
Kartoffeln . . .	1000 „	41,63	34,44	43,39	42,77	37,50
Rindfleisch . . .	100 „	109,66	103,42	113,11	113,34	118,—
Schweinefl. . .	100 „	90,13	86,23	104,97	111,34	94,50
Heringe . . .	1 Tn.	32,29	30,25	40,—	35,45	49,50
Butter . . .	100 Kg.	184,75	187,92	198,75	194,17	220,—
Schmalz . . .	100 „	68,57	51,05	46,80	57,95	61,75
Gerste . . .	1000 „	116,17	129,17	130,49	139,12	132,50
Hopfen . . .	100 „	315,83	225,83	251,67	322,08	230,—
Zucker, Raffin. . .	100 „	45,72	49,72	47,10	47,88	48,63
Rohzucker . . .	100 „	61,75	81,—	98,17	110,17	116,25
Wolle . . .	100 „	223,08	234,92	220,59	234,42	335,—
Baumwolle . . .	100 „	72,92	81,86	75,11	62,77	75,35
Kattun . . .	1 Mt.	0,220	0,218	0,183	0,176	0,200
Ochsenhäute . . .	100 Kg.	157,50	153,—	160,83	153,—	180,—
Petroleum . . .	100 „	13,43	11,81	10,66	12,08	15,94
Steinkohlen . . .	1000 „	20,75	21,50	20,72	21,29	22,25
Eisen . . .	1000 „	52,—	59,—	63,98	63,50	66,—

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Steglitz hat einstimmig die Gemeindevertretung dort beschlossen. Die Anregung dazu ist von dem der Gemeindevertretung angehörenden Generalsekretär der Glas-Berufsgenossenschaft, Göge, ausgegangen, der seinen Antrag damit begründet hat, daß sich bei den vielfachen Rathschlägen, die aus Arbeiterkreisen von ihm in Anspruch genommen werden, die ungenügende Vertrautheit mit den gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Unfähigkeit, die nötigen Schriftsätze abzufassen, als ein großer Mangel erwiesen haben. Die Gemeinde habe durch die Erparnis der Armenlasten in Folge Einführung der Arbeiterversicherung einen greifbaren Vortheil und solle es daher als eine ihr zufallende sozialpolitische Aufgabe betrachten, den Verunglückten und ihren Hinterbliebenen als Rechtsbeistand zu Hilfe zu kommen. Der Gemeindevorstand habe nach eingehender Rücksprache bei den Stadtmagistraten in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M. und Göttingen beschlossen, daß den Arbeitern nicht nur in allen Arbeiterversicherungssachen wie bisher die erforderliche Auskunft mündlich erteilt, sondern auch alle schriftlichen Anträge in Form von amtlichen Protokollen angefertigt und an die zuständigen Behörden gesandt werden sollen. Die Kosten, die hieraus erwachsen, sollen auf den Gemeindegeldern übernommen werden.

Arbeiterbund. Die „Holzarbeiterztg.“ schreibt: Die elenden Ernährungsverhältnisse in der vogtländischen Musikinstrumentenindustrie, wie wir sie des Oesterreichs geschildert

haben, gleichen und übertreffen jene des schlesischen Eulengebirges. Hier ein Bild, das wir einer bogtändischen Zeitung entnehmen. In der Familie des Instrumentenmachers Wolf in Obersachsenberg sind innerhalb einiger Tage vier Kinder an Scharlach und Typhus gestorben. Von den übrig gebliebenen fünf Kindern liegen noch einige an den gleichen Krankheiten darnieder. Und das ganze Elend spielt sich ab in einer einzigen Stube von vielleicht fünf Metern im Geviert, die Wohn-, Arbeits- und Schlafstube zugleich ist! In dem einzigen Bett, das die Familie besitzt, lagen, als der Arzt erstmalig hinlank, ein todes und zwei kranke Kinder! Ein Sohn wird im Krankenhaus zu Klingenthal verpflegt. Solche und ähnliche Zustände sind aber keine Ausnahme, sie kommen leider im oberen Vogtland öfter vor. Bei dem Einkommen eines Familienvaters von 6-7 M pro Woche ist das auch nicht anders denkbar.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat, wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, folgenden Rundschreiben erlassen:

Der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist vielfach ersucht worden, auch in diesem Frühjahr eine Zusammenstellung über die örtlichen Lohnverhältnisse im Baugewerbe herauszugeben. Die verehrlichen Vorstände und einzelnen Baugewerbetreibenden werden deshalb um gefällige Beantwortung und Einsendung der in dem angelegenen Formular gestellten Fragen ergebens ersucht.

Gleichzeitig bittet der Vorstand um gefällige Angabe von Adressen, durch deren Vermittlung italienische oder ober-schlesische Maurer bezogen werden können, sowie um Mitteilung, welche Erfahrungen mit auf diesem Wege bezogenen Leuten gemacht worden sind.

Dies deutet der „Vorwärts“ folgendermaßen: „Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß der Vorstand desselben Bundes, der soeben Schritte that zur Anwerbung von Lohnbrüdern, beschloß, mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Maurer zur Beilegung bestehender Differenzen in Verbindung zu treten. Danach hat es fast den Anschein, als ob man die Arbeiter durch Scheinbares Entgegenkommen nur sicher machen will, um ihnen dann plötzlich im geeigneten Augenblicke mit um so größerer Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. Die Arbeiter werden auf dem Posten sein. Die Bauunternehmer rüsten sich, eine Machtprobe großen Stils gegenüber der organisierten Arbeiterschaft zu wagen.“

Das Ideal der Mehrzahl deutscher Unternehmer sind chinesische Arbeiterverhältnisse — von den Lohnlabern um den geringsten Lohn möglich viel Arbeit zu erhalten. Der „Arbeitsmarkt“ bemerkt: Die Gefahr, die dem europäischen und amerikanischen Arbeitsmarkt aus einer Industrialisierung Chinas droht, rührt vornehmlich aus den niedrigen Löhnen des chinesischen Arbeiters an seinen Arbeitgeber. Zuverlässige Angaben über die Arbeiterverhältnisse im chinesischen Reich macht das Washingtoner statistische Bureau des Finanzministers. Der Chinese ist nicht nur andauernd fleißig, äußerst anspruchslos und geduldig, er besitzt auch — und zwar in viel höherem Grade als der Japaner — handliche Geschicklichkeit, körperliche Gewandtheit und große Nachahmungsfähigkeit. Trotz der Wertverminderung des Silbers nehmen die Löhne noch daselbst niedrige Niveau eta wie zur Zeit, da Silber doppelt so hoch stand. Dieser Umstand ist ebenso wie in Mexiko die Ursache einer rasch sich entwickelnden Industrie. Der amerikanische Generalkonsul in Shanghai macht folgende Angaben: „Viele kunstfertige Arbeiter erhalten bloß 15 Cents Silberwährung pro Tag. Der gewöhnliche Tagelöhner verdient nur 2 Dollar (mexikanisch = 4 M in Gold) pro Monat, womit er und seine Familie ihr Leben fristen müssen. Doch kommt es häufig vor, daß auch die Frauen und Kinder des Tagelöhners etwas verdienen, z. B. durch Anfertigung von Schahjohlen, tintierten Papiergeln (das den Loten mit ins Grab gegeben wird), Stützen für Schwefelhölzer u. s. w.“ Der Konsul in Foochow berichtet: „Die Löhne sind hier sehr niedrig. Der Skull bekommt monatlich 1 1/2 bis 3 mexikanische Dollar; Mechaniker und geschickte Arbeiter werden mit etwa 25 Cents = 12 1/2 Cents in Gold oder 50 Pfg. per Tag bezahlt. Die Löhne der ungelerten Arbeiter haben sich in dieser Provinz seit 1890 nicht viel verändert. Auch sind die Preise der einheimischen gewöhnlichen Lebensmittel ungefähr dieselben geblieben, trotzdem der Silberdollar die Hälfte seines früheren Wertes eingebüßt hat und die Preise aller importierten Waaren doppelt so hoch in Silberwährung sind als 1890.“ Die Einführung weißlicher Industrien und die Hebung des natürlichen Reichtums des Landes wird die chinesischen Arbeiterverhältnisse zwar verbessern, aber gleichzeitig auch gefährlicher für den amerikanischen und europäischen Arbeitsmarkt machen.

Minister und Gewerkschaften. In einem Bankett, das die Vorstände der Gewerkschaften am 4. Februar veranstaltet hatten, waren nicht weniger wie drei Minister erschienen — doch nicht in Berlin, sondern im „wilden Frankreich“ in Paris. In das der Fall gewesen. Des Banketts fand in einer Pariser Vorstadt in Saint-Mandé statt und die anwesenden 128 Gewerkschaftsvorstände vertraten alle Zweige der Pariser Industrie.

Unter den Gästen befand sich der Ministerpräsident Waldeck-Roussieu, Handelsminister Millerand, Marineminister Lanessan, der Seiner Majestät, eine Anzahl Senatoren, Abgeordnete u. Nach Genehmigung seitens des Vorsitzenden nahm der Ministerpräsident das Wort um von den Beziehungen des Staates zu den Gewerkschaften zu sprechen. Die Gewerkschaften haben sich ausgedehnt — führte er in feiner Rede aus, — und nicht nur bei den öffentlichen Bauten gezeigt, was sie vermögen, sondern auch bei Privatunternehmungen. Es ist daher billig, daß sie durch das Gesetz besser geschützt, und daß ihnen größere Rechte gesichert werden. Es kommt die Zeit, da das Kapital zu arbeiten müssen, und die Arbeit wird besser dazugehen. Nachdem der nachgehende Befall, mit dem der Ministerpräsident überhäuft wurde, behalt war, wandte sich der Handelsminister Millerand in einer kurzen Ansprache an die Versammlung. Er betonte, mit allen fürsorglichen Gesetzen, welche der Arbeiterschaft zu einer menschenwürdigen Existenz verhelfen wollen, mit dem besten Willen der Regierung sei es nicht getan, wenn die Arbeiter nicht

von allen Vorteilen, die ihnen gewährt werden den richtigen Gebrauch machen.

Die Worte des sozialdemokratischen Handelsministers Millerand sind nur zu wahr. Wie oft ist schon von uns gesagt worden und wird immer wieder gesagt, daß unsere Kollegen weit mehr vermögen, wenn sie von denen ihnen zustehenden Rechten — politischen und wirtschaftlichen — die bei uns in Deutschland allerdings nur wenig sind, den richtigen Gebrauch machen wollten. Mögen unsere Kollegen sich die Worte eines französischen Ministers zu Herzen nehmen.

Der Kohlenmangel macht sich in Deutschland immer unangenehmer bemerkbar. Die sächsische und bayerische Industrie ist vielfach auf den Verbrauch böhmischer Kohlen eingerichtet. In der Oberpfalz und Oberfranken haben mehrere Tafelglasfabriken ihren Betrieb eingestellt und für die sächsische Industrie wird sich in den nächsten Wochen neben den Schwierigkeiten, böhmische Kohlen herbeizuschaffen, noch das Gefühl einheimischer Kohle gefellen. Im Unmut über die gebliebene Lage machen sich selbst Stimmen im bürgerlichen Lager gegen die Grubenbesitzer bemerkbar. Die Interessenten der Papierindustrie sind entrüstet über die Preistreiberien der Kohlenwerke und das Organ der deutschen Papierindustriellen, die „Papierzeitung“, nimmt in einem Artikel gegen den Wucher der böhmischen Grubenbesitzer Stellung, indem es schreibt: „Einen Begriff von den Preissteigerungen der Kohle in den letzten Jahren geben nachstehende Zahlen. Wir kauften z. B. Duxer Kupfogle II

Table with 2 columns: Year (1896-1899) and Price (35-68). Includes a note 'per Doppelhektoliter ab Elbuser Kuffig'.

und schließen schließlich unseren Bedarf für 1900 mit Option für 1901 zu 68 J.“

Der Preis der Duxer Kupfogle II hat sich also im Laufe von sechs Jahren verdoppelt. Zu welchen radikalen Vorschlägen aber gut kapitalistisch gefonnene Unternehmer kommen können, wenn sie die Heiligkeit des Profits bedroht sehen, das bezeugt folgende Schlussbemerkung des Blattes: „Es macht den Eindruck, als sei die österreichische Regierung zu schwach, um dem Gefahren dieser Leute energisch entgegenzutreten. Gegen solche Uebergriffe könnte nur ein Einkaufsverein der Großverbraucher etwas ausrichten, oder die Gruben müssen verstaatlicht werden. Den besten Weg hat die russische Regierung eingeschlagen, sie hat die Verkaufspreise der Kohlen amtlich feststellen lassen und bestrafte Jeden als Wucherer, der zu höheren Preisen verkauft.“

Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt in Berlin eine Delegiertenversammlung ab. Der Geschäftsführer Buel erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes; er bewillkommnete die Kanal- und Flottendorlage, bedauerte die Ablehnung der Zuchtansvorlage. Dr. Bannmer sprach über die Revision des Unfallversicherungsgesetzes; die reaktionären Wünsche der Zentralverbände in dieser Frage sind ja bekannt.

Wer terrorist? Die gemeingefährliche Tätigkeit der Metallindustriellen-Arbeitsnachweise wird wieder einmal durch folgenden Fall gekennzeichnet. Die Maschinenfabrik „Germania“ in Regal bei Berlin suchte durch Injektion im Magdeburger „Generalanzeiger“ Reklamationen. Mehrere ansässige Reklamationen von Garrett Smith u. Co. fragen an und erhalten darauf die Antwort, daß sie kommen sollen. Diese fahren hin, melden sich beim Meister, erhalten dort einen jährlichen Ausweis für den Metallindustriellen-Nachweis in Berlin ausgestellt, daß sie eingestellt werden sollen. Mit dieser Bescheinigung werden sie nach dem Nachweis-Bureau geführt, um sich dort die Karte ausstellen zu lassen, ohne welche eine Einstellung nicht erfolgt. Auf dem Nachweis-Bureau ist die erste Frage: „Wo kommen Sie her?“ Nach der Antwort: „Aus Magdeburg!“ kommt die zweite Frage: „Von Garrett Smith u. Co.“ Auch diese Frage wurde mit Ja beantwortet. Darauf ertheilte man den Arbeitnehmern den Ausweis, daß sie einen Schein zur Einstellung nicht erhalten können und daß sie in Deutschland überhaupt keine Arbeit bekommen werden, so lange der Streik besteht. — Nicht allein, daß brutaler Unternehmerhochmut ätzende Arbeiter, die von den von ihnen geschaffenen Nervenproben auch ihr bescheidenes Teil beanspruchen, aushungert, nein, man verleitet sie durch unverständliche Injektion auch noch dazu, ihre letzten Groschen zu verstreuen und schwimmt ihnen zu das Geld aus der Tasche! Möchten doch die Arbeiter der Metallindustrie bald in die Lage kommen, durch einmütiges festes Zusammenhalten dem gemeingefährlichen Treiben dieser Sorte „Arbeitsnachweise“ den Garaus machen zu können!

Das „Palais der Arbeit“ auf der Pariser Weltausstellung. Die französische Deputiertenkammer bewilligte unter den von der Regierung geforderten Nachtragkrediten ein Einzahlungsvotum für die Weltausstellung einen Posten von 400,000 Franc, der zur Organisation einer Sonderausstellung für die Arbeiterproduktionsgenossenschaften, sowie die Gewerkschaften und Konsumvereine bestimmt ist. Die eine Hälfte der bewilligten Summe dient zur Errichtung des Pavillons, die andere zur Deckung der Kosten für Transport u., welche den ausstellenden Expositionen erwachsen.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Hierher Verbandstag der Steinseher. In Berlin hat am 2. ds. Mts. der vierte Verbandstag der Steinseher (Plasterer) und Berufsgenossen Deutschlands stattgefunden. Der Verband zählt jetzt 4750 Mitglieder oder 40 Prozent sämtlicher Steinseher. Der Verbandstag entschied sich für die Erweiterung der Unterhandlungs-Einrichtungen und genehmigte eine Resolution, die sich für eine Tarifgemeinschaft mit den Unternehmern im Sinne des Beschlusses des letzten allgemeinen Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M. ausspricht. Zur Anschaffung eines energischen sanitären Schutzes für die Arbeiter des Straßenbanes will der Zentralverband (St. Berlin) in diesem Jahre allen Behörden des Reichs, die mit der Bereinigung von Straßenbau zu thun haben, eine ausführliche Denkschrift zu geben lassen.

Heber einen Metallarbeiterausstand in Antwerpen wird berichtet: In Folge von Lohnstreitigkeiten und verweigerter Lohnhöhung ist in den 18 Metallwerkstätten Antwerpens, die sich mit den Schiffbaubesserungen befassen, ein Gesamtausstausand ausgebrochen. Da von den 2000 Arbeitern 1600 sich dem Ausstände angeschlossen haben, so müssen alle Werkstätten feiern. Die Anstänigen wollen auch versuchen, auf den Schiffswerften bei Hoboken vor den Thoren Antwerpens einen Ausstand herbeizuführen.

Der Bergarbeiterstreik in Oesterreich dauert nun schon die fünfte Woche und noch ist kein Ende abzusehen. Bemerkenswerth ist die ruhige Haltung der vielen tausend streikenden Bergleute. Die in Thätigkeit getretenen Einigungsämter haben zu keinerlei Ergebnissen geführt, da die Arbeitgeber die Arbeitsaufnahme verlangen, ehe sie sich zu weiteren Verhandlungen herbeilassen. Aber auch in

Deutschland fängt es unter den Bergleuten an allen Ecken und Enden zu gähren an. Die im Bismarckreier in Fluß gekommene Bewegung war von keinem Bestand, da die Arbeiter dort kaum organisiert sind. Dagegen ist in Mitteldeutschland, Sachsen und im Ruhrgebiet die Bewegung im vollen Gange. Was von der Arbeiterfreundlichkeit der Regierungsborgane und der Grubenbesitzer zu halten ist, haben die Erfahrungen des Redakteurs der Bergarbeiterzeitung Otto Hue, der mit dem Ersuchen an den Berggrath Humberdied herantreten war, seinen Einfluß aufzubieten, um die Werksbesitzer im Haller- und Zelt-Weissenfelsen-Revier zur Verhandlung mit den Belegschaftsvertretern zu bewegen. Der Herr Berggrath war gegen unsern Freund Hue gar freundlich und sagte zu: denn auch er habe ein hohes Interesse, den Frieden zu erhalten. Das war am 9. Februar. Am 10. Februar erhielt Hue folgenden Brief:

Halle, den 10. Febr. 1900.

Herr Redakteur Hue!

Unter Bezugnahme auf die gestrige Besprechung theile ich Ihnen ergebens mit, daß ich es ablehne, in dem von Ihnen gewünschten Sinne Schritte zu thun.

Hochachtungsvoll

Berggrath Humberdied.

Das ist eine räthselhafte Handlungsweise eines Berggrathes und mit Recht sagt Hue: „Sollte es zum Ausstand kommen, so darf sich die Verbandsleitung sagen, sie hätte Alles gethan, um den Frieden zu erhalten. Was sollen wir mehr thun, als Behörden und Werksbesitzer in höchster Weise um gütliche Verhandlungen bitten, in denen festgestellt würde, was die Werte bewilligen wollten und konnten! Nun, das Friedenswerk scheiterte, mag die Arbeiterschaft entscheiden, was sie thun will.“ Nun, die Bergleute haben sofort ihr Urtheil gefällt. Am 12. Februar fand eine sehr stark besetzte Konferenz der Vertreter sämtlicher Gruben in den Bezirken Halle, Zeitz-Weissenfels, Meuselwitz-Rositz statt, die beschlossen, sofort folgende Forderungen an die Werksverwaltungen einzufenden: 10 Prozent Lohnzulage für alle Arbeiter. Verkürzung der Schichtdauer um eine Stunde vom 1. April 1900 ab. Bessere Wetterführung. Schaffung von sanitären Einrichtungen (Waschanstalten, Verbandstoffe, Transportwagen für Berlegte.) Ausreichenden Hausbrand. Wesentliche Lohnzahlung. Wie fräufig muß hier die Lage der Bergarbeiter sein, wenn solche Forderungen noch gestellt werden müssen. Und wenn in Folge des von Tag zu Tag sich fühlbarer machenden Kohlenmangels in allen Industrien Fabriken still liegen müssen, wenn tausend und abertausend Arbeiterfamilien in Noth und Elend getrieben werden, wir fragen — wer trägt die Schuld?

Die „Frankf. Zig.“ bemerkt dazu:

Wir haben also hier wieder, gerade so wie beim Hamburger Hafenarbeiterstreik, den Fall, daß Arbeiter in den Ausstand getrieben werden, lediglich weil es den Unternehmern nicht beliebt, mit den Vertrauensleuten der Arbeiter zu konferiren. Und gerade so wie damals ein großer Theil des deutschen Verkehrs durch den Eigensinn einer Gruppe von Arbeitgebern lahmgelegt wurde, müssen jetzt viele Fabriken und andere Werke ihren Betrieb einschränken oder ganz einstellen, weil jene Grubenbesitzer auf ihre Macht pochen. Ganz abgesehen von der empfindlichen Preissteigerung der Kohle, die jeder Haushalt empfindet oder empfinden wird. Ist das eine Angelegenheit, die nur die Grubenbesitzer und ihre Arbeiter angeht? Gewiß nicht, gerade so wenig wie der Hamburger Streik eine lokale und private Sache war. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß endlich gezielte Handhaben geschaffen werden, durch die man solche antijoziale Arbeitgeber zwingen kann, wenigstens in Verhandlungen einzutreten. Ist man einmal so weit, dann wird schon viel gewonnen sein, denn erfahrungsgemäß ist es noch immer bedeutend leichter, in einer begonnenen Verhandlung sich zu einigen, als sie zu beginnen. Aber Niemand darf behaupten, daß es gleichgültig sei, ob solche anarchoistische Zustände weiter bestehen oder nicht. — Zustände, bei denen es in das Belieben einiger Herren gestellt ist, große Theile der deutschen Produktion und des deutschen Verkehrs zu unterbinden. Heute freilich kann nicht viel mehr geschehen als das, was die öffentliche Meinung vermag. Diese aber, soweit sie vorurtheilslos ist, steht bei den Bergarbeitern und wird das bleiben.“

Ein großer Zustand in der Eisenindustrie, dem sich auch die Kohlenarbeiter anschließen dürften, ist in Reichsiga (Ungarn) im Entstehen begriffen. Vorläufig befinden sich 2000 Eisenarbeiter im Streik. Sie verlangen: Einführung der Sonntagsruhe, zehnstündige Arbeitszeit, Entschädigung von Fachgenossen über die Abschätzung der Arbeiterarbeiten, Lohnminimum von 160 Hellern nach dreijähriger Beschäftigung, ferner entsprechende Lohnhöhung je nach der Branche und humane Behandlung durch die Vorgesetzten.

Deutlich der Streik auf die Bergwerke aus, so werden 12000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen.

Gerichts-Zeitung.

Ein merkwürdiges Gerichtsurtheil über gewerkschaftlichen Terrorismus wurde gegen den Redakteur des „Vorwärts“, Robert Schmidt, gefällt. Im August v. J. hatte die katholische „Märkische Volks-Zeitung“ berichtet, der Zimmerer Rabe, welcher beim Zimmermeister Walther in

Arbeit stand, sei deshalb entlassen worden, weil die übrigen bei Walthers beschäftigten Zimmerer, die dem Zentralverband angehören, sich geweigert hätten, mit Karbe, weil dieser Mitglied des christlichen Vereins „Arbeiterchutz“ war, zusammenzuarbeiten. Der „Vorwärts“ bezeichnete die Angaben des christlichen Blattes als erfunden, denn er hatte festgestellt, daß Karbe nur wegen Mangels an Arbeit entlassen worden ist. Als Erklärung für die unmaßvollen Behauptungen, die Karbe der „Märkischen Volkszeitung“ aufgetischt hatte, fügte der „Vorwärts“ die Bemerkung hinzu, Karbe habe wohl von seinem Verein eine Unterstützung ergatten wollen. Wegen dieser Bemerkung hat K. die Beleidigungsklage erhoben. Sowohl der Zimmermeister Walthers, wie die Poliere Holz und Strömann bekundeten eidlich, daß kein Arbeiter die Entlassung des K. von ihnen verlangt habe, daß ihnen auch vor der Veröffentlichung durch die „Märk. Volkszeitung“ von einer Weigerung der übrigen Gesellen, mit Karbe zusammenzuarbeiten, nichts bekannt geworden ist, und K. nur wegen Mangel an Arbeit und weil er der schwächste und am wenigsten leistungsfähige Arbeiter war, entlassen worden war. Einige Zimmerer, die im Sinne der Behauptungen des K. einen Druck auf diesen ausgeübt haben sollen, bekundeten unter ihrem Eide, daß sie wohl über die Organisation mit K. gesprochen, ihn vielleicht auch in ganz loyaler Weise zum Eintritt in den Verband zu überreden versucht, aber keinen Druck auf ihn ausgeübt hätten; auch müßten sie nichts davon, daß ihre Kameraden sich geweigert hätten, mit K. zusammenzuarbeiten, oder daß sie dessen Entlassung gefordert hätten. — Zeuge Weigel, ein Vorstandsmittglied des Vereins „Arbeiterchutz“, sagte aus, er habe gleich nach dem Erscheinen des Artikels der „Märk. Volkszeitung“ die Angelegenheit Karbe angefaßt; er habe aber nichts erfahren können, was die Angaben Karbes stützen könnten. Auch ein Kriminalschutzmann trat als Zeuge auf. Derselbe ist, wie er bekundete, von seiner Dienststelle mit Recherchen in dieser Sache beauftragt worden, hat aber auch nichts von einer Terrorisierung des Karbe erfahren können. Auch ihm wurde vom Polier, der die Entlassung veranlaßt, gesagt, daß K. wegen Mangel an Arbeit entlassen sei. Der Angeklagte Schmidt berief sich in seinem Plaidoyer darauf, daß die Beweisaufnahme auch nicht die einzige Thatsache ergeben habe, welche dafür spreche, daß Karbe wegen seiner Zugehörigkeit zum Verein „Arbeiterchutz“ und auf Verlangen seiner im Zentralverband organisierten Kameraden entlassen worden sei. Der Wahrheitsbeweis sei also vollkommen gelungen. Auch sehe ihm (dem Angeklagten) als Redakteur eines Arbeiterblattes und Ausschussmitglied einer der größten Gewerkschaften, nämlich des Holzarbeiter-Verbandes, der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite, so daß seine Freisprechung erfolgen müsse. Nach längerer Berathung verkündete der Vorsitzende des Gerichts folgendes Urtheil: Die Zeugen hätten zwar im Wesentlichen gesagt, daß der Grund zur Entlassung des Klägers nicht der von letzterem angegebene sei. Das Gericht habe aber die Ueberszeugung erlangt, daß Mangel an Arbeit oder mindere Leistungsfähigkeit des Klägers nicht der wahre Entlassungsgrund sei. Es sei aus den Aussagen der Zeugen, gewissermaßen zwischen den Worten, herauszufühlen gewesen, daß noch ein anderer Grund vorhanden war, und daß die Arbeiter direkt oder indirekt zu erkennen gegeben hätten, sie wollten nicht mit dem Kläger zusammen arbeiten. Der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Der Angeklagte habe den § 186 Str.-G.-B. verletzt. Der Schutz des § 193 könne ihm nicht zugebilligt werden. Als Milderungsgrund nehme das Gericht an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, indem er sich auf seine Information berufen konnte. Es sei deshalb auf eine Geldstrafe von 50 M eventuell fünf Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß des Klägers erkannt worden. Die Begründung des Urtheils muß nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme auf's Höchste überraschen. Das Gericht ist zu der Meinung gekommen, daß überhaupt die Angaben des Klägers richtig sind. Zwar haben sechs Zeugen ohne Widerspruch bekundet, daß K. niemals auf K. dahin eingewirkt hat, er solle die Arbeit aufgeben, noch hat irgend ein Zeuge behaupten können, ein solches Verlangen wäre an den Meister oder die Poliere gestellt worden. Trotzdem kommt das Gericht zu der Ueberzeugung, daß „zwischen den Worten herauszufühlen“ sei, daß ein anderer Grund für die Entlassung maßgebend war. Gegen solche Gefühle läßt sich allerdings nicht ankämpfen. Bisher glaubten wir, daß die Gerichte auf der Grundlage von Thatsachen urtheilten.

Streikpostenstehen ist kein grober Unfug. Mit dem Streikpostenstehen wissen die Gerichte nicht recht etwas anzufangen. Die einen bezeichnen es als „groben Unfug“ und bestrafen die streikenden Arbeiter, die anderen sind nicht so pfeifend und lassen die Streikposten laufen. Ein sehr interessanter Entscheidung hat dieser Tage das Schöffengericht Mannheim in dieser Frage getroffen. Dort sollten nach Ansicht des Bezirksamtes auch einige streikende Arbeiter Streikbrecher „belästigt“ haben. Sie wurden mit Strafmandaten bedacht, stellten aber Antrag auf gerichtliche Entscheidung, und das Schöffengericht sprach sie frei mit folgender Begründung:

„Festgestellt ist weiter nichts, als daß die Angeklagten während des Streiks, der in der Gießerei von Gehr. Keuling in Neckarau ausgebrochen war, jeden Tag, sei es allein oder in Gesellschaft, zwei Stunden auf und ab spazieren, manchmal auch vor der Fabrik stehen blieben. Der Zweck ist nur der, die Arbeiter zu kontrollieren und festzustellen, wer arbeitet und wer nicht. Die polizeiliche Strafverfolgung hat dieses Verhalten als groben Unfug im Sinne des § 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzbuches aufgefaßt und bestraft. Bei der Beurtheilung der Frage, ob grober Unfug vorliegt, ist vom § 152 der Gewerbeordnung auszugehen, worin das Streikpostenstehen geduldet ist. Es ist darin ausdrücklich die Koalitionsfreiheit gewährleistet. Zweck der Durchführung eines Streiks müssen dem Arbeiter Mittel geboten werden, da eine wirksame Durchführung nicht denkbar ist, wenn es dem Arbeiter nicht möglich ist, Zutritt fern zu halten. Die Strafbestimmung der Gewerbeordnung nach § 153 verbietet das Streikpostenstehen nicht, und die im Jahre 1891 gestellte Novelle hat ein Verbot auch nicht gebracht. Erst die abgelehnte Buchhausvorlage vom Jahre 1899 wollte das Streikpostenstehen verboten wissen. Es ist seit einer Reihe von Jahren nur verboten, sobald Zwangs-

mittel angewendet werden. Das gütliche Bureben ist straflos, ebenso wenn man Arbeiter über den Streik unterrichtet. Das Streikpostenstehen ist also nicht verboten, sondern erlaubt. Strafbar sei es nur dann, wenn Thatsachen hinzutreten, die in das Gebiet des Strafgesetzes fallen.“

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist jeben das 20. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Jugendbeuchler. — Giordano Bruno. Von Immanuel Kolph. — Allgemeines und Spezielles zur Buchdruckertariffrage. Von Dr. Adolf Braun. — Die Gewerbeaufsicht im Deutschen Reich. Von Emanuel Wurm. II. — Halbthier. Von Anna Schapire. — Berliner Theater. — Notizen: Peter Lawroff f. — Feuilleton: Litteraturhistorische Streifzüge. Von Franz Wehring. I.

Der neue Jahrgang 1900 der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen ebenso billigen wie guten und hübsch ausgestatteten Illustrierten Romanbibliothek **In Freien Stunden** (in 26 Seiten starken Illustrierten Wochenheften von nur 10 Pfg.) beginnt in dem jeben ausgegebenen Heft 1 den Abdruck eines der besten Romane des berühmten ungarischen Romanschriftstellers Maurus Jokai: **Das Erbe des Jakob**, in der Originalübersezung von E. Wechsler, mit Illustrationen des Pariser Malers Leop. Braun. Mit diesem Roman hält sich diese für Arbeiter besonders empfehlenswerthe Romanbibliothek auf der litterarischen Höhe ihrer bisherigen Jahrgänge. Der neue Roman schildert uns in phantastischer Spannung die Verlotterung und Blässigkeit des faulenzenden ungarischen Magnatenchums, er kündigt aber auch schon das Erwachen des nationalen Bewußtseins und nationaler Pflichterfüllung an — der notwendigen Voraussetzung für das soziale Erwachen jedes Volkes. Und über dem ganzen Roman liegt der Sonnenschein prächtigen Humors und heiterer Satire ausgegossen. Besonders dürfen wir auch auf das kleine Feuilleton hinweisen, das in kleinen Skizzen, Novellen und Humoresken, in kulturgeschichtlichen und naturwissenschaftlichen Notizen eine Fülle des Interessanten bietet und unter „Witz und Scherz“ auch dem Humor eine kleine Ecke anweist.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stätte zu bereiten an Stelle der oft so werthlosen bürgerlichen Unterhaltungserborte, die durchgängig theurer und schlechter ist als in „In Freien Stunden“.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von 1,20 M, Postzeitungskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pfg.-Hefte an. Man verlange es wenigstens mit einem Probe-Abonnement auf „In Freien Stunden“.

An alle Ortsverwaltungen des D. R.-B.

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Verbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht so vielen Aenderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden stabile Adressen den Zeitungsverband wesentlich erleichtern. Ferner eruchen wir, alle Aenderungen so zeitig abzusenden, daß wir sie noch in **Dinstag** Vormittag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Briefkasten.

W. A., Danzig. Sie werden nicht stiefmütterlich behandelt; das ist eine willkürliche Annahme von Ihnen. Doch mußte der Bericht wegen Raumangel zurückgestellt werden; zudem war eine vollständige Umarbeitung notwendig.

Partellegirter Bromberg. Daß Sie auf dem Gewerkschaftsfest sich gut amüßirt haben freut uns sehr, doch ist das für uns noch kein Grund Ihren Bericht aufzunehmen. Festberichte nehmen wir prinzipiell nicht auf.

Ogersheim. Es genügt vollkommen, wenn uns die Versammlungsanzeige einmal zugeht. Vom Bevollmächtigten oder Schriftführer gilt uns gleich.

G. S., Göst a. H. Für Sie gilt, was wir oben unter Danzig gesagt haben. — Warum sind die Berichte nicht immer sofort nach dem Stattfinden der Versammlung abgefaßt worden?

Wessau. Wie oft müssen wir noch darauf aufmerksam machen, **das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben?** Wir sind andernfalls gezwungen Abschriften zu machen, wozu uns keine übrige Zeit zur Verfügung steht.

Karlsruhe. (Wachner.) Schreiben Sie doch etwas deutlicher.

Hürnberg, Jann. Wenden Sie sich an das hiesige Arbeiter-Sekretariat, Egidienplatz 22.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

Altenburg. Sonnabend, 24. Februar, Abends halb 9 Uhr, im „Livolts“. Vortrag. Referent: Genosse Stüdtlen

Altötting. Sonntag, 25. Februar, Vormittags 10 Uhr im Gasthof Gagner.

Auerbach i. Vogtl. Am 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr, in der „Stadt Brückau“. Vortrag des Kollegen Theindel.

Bamberg. Samstag, 24. Februar, Abends 8 Uhr, bei Schloffer.

Barmen. Sonnabend, 8. März, Abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlam.-ntstraße 5. Vortrag des Herrn Gröndhof über: Chartistenbewegung in England.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 24. Februar für den Osten bei Wiedemann, Borsdorferstraße 58.

Berlin. Ordentliche General-Versammlung: Sonntag, 25. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Friedrichstädtischen Casino, Friedrichstraße 236. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Beruburg. Sonnabend, 3. März.

Bremen. Am 8. März, Abds. halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Pantenstr. 21—22.

Bromberg. Jeden Dinstag nach dem 1. im Monat.

Bruchsal. Samstag, 3. März, im „Goldenen Stern“. Dann alle 14 Tage.

Deßau. Sonnabend, 24. Februar, Abends halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße. Vortrag vom Redakteur Günther.

Duisburg. (Sektion der Klempner.) Jeden Dinstag vor dem 1. und 15. des Monats im „Hof von Holland“, Oberstraße 6.

Duisburg. (Allg.) Sonnabend, 24. Februar, Abends 9 Uhr, im „Hof von Holland“.

Durlach. Am 3. März im „Alten Fritz“.

Hülfeldorf. (Sektion der Schmiede.) Jeden 2. u. 4. Samstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Adams, Oberbill, Ellerstraße 171.

Schwabmühl. Jeden Sonnabend vor dem ersten des Monats.

Essen. (Sektion der Klempner.) Samstag, 3. März, Abends halb 9 Uhr, bei Renke, Kastanienallee 68.

Erfurt. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 24. Februar, in der „Alteburg“.

Frankenthal. Samstag, 24. Februar, Abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welfstraße 33. Herabsetzung der Beiträge zum Gewerkschaftskartell. — Mittheilung über die Sperre der Gutmänn'schen Gießerei. — Gewerbliche Rundschau.

Frankfurt-Bodenheim. Spengler u. Installateure: bei Stein, Gr. Eichenheimerstr. 23. Vortrag des Genossen Opificius über die Gewinnung des Zinks. — Westend: bei Brand, Pafenstraße 44. — Bodenheim: fällt die Versammlung aus.

Fürstwalde (Spree). Sonnabend, 3. März, Abends 9 Uhr, im „Schloßkeller“. — Wahl eines Kassiers. — Verbandsangelegenheiten.

Göppingen. Samstag, 24. Februar, Abends 8 Uhr, zum „Veilken“, Ecke der Frühlings- und Marktstraße.

Görlitz. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße 5.

Hamburg. Werftarbeiter: Dinstag, den 27. Februar, Abends halb 9 Uhr, in der „Konkordia“, Lange Reihe, St. Pauli

Hamburg. (Sämmtliche Sektionen.) Mittwoch, den 7. März, Abends halb 9 Uhr, bei E. Hilmer, Wänsfmarkt 35.

Jena. (Allgem.) Sonnabend, 3. März, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur „Grünen Lanne“. Vortrag: „Die beiden verbotenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen und deren Folgen.“

Karlsruhe. (Sektion der Bauarbeiter.) Samstag, den 24. Februar, Abends halb 9 Uhr, im alten Lokal am Werberplatz, früher Restauration Schreiber.

Kleinb. Am 3. März, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Preußischen Hof“.

Leipzig-Hannover. (Sektion der Feilenhauer.) Am 4. März, bei Joh. Strazner, Langestr. 2.

Ludwigsburg. Samstag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr, an „Schwanen“. Wahl eines Bevollmächtigten.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 3. März, Abends halb 9 Uhr, im „Wittebächer Hof“, Marktstraße.

Münster. Sonnabend, den 3. März, bei J. Wöst, Nikolaistraße 2. Vortrag des Kollegen Böhle: „Ein Rückblick auf das verfloßene Jahrhundert“.

Mannheim. (Sämmtliche Sektionen und Branchen.) Jeden ersten Samstag im Monat im Saale des „Bellevuekeller“.

Memmingen. Sonntag, 25. Februar, Vormittags 10 Uhr, im „Nöple“. Gewerkschaftliche Rundschau.

Merseburg. Sonntag, 4. März, Vorm. 11 Uhr, im „Sankt-Johannshöfen“.

Neusalz. Samstag, 3. März, im Lokal zur „Guten Quelle“, Friedrichstraße 44.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 3. März, Abends halb 9 Uhr, im „Café Merl“, Predchelsgasse. Vortrag.

Nürnberg. (Sektion der Schneide u. v. B.) Samstag, 3. März, Abds. 9 Uhr, im „Jammertal“.

Nürnberg. (Sektion der Klempner.) Samstag, 24. Februar, bei Zantner, Tucherstraße.

Ogersheim. Samstag, den 3. März, Abends halb 9 Uhr, im „Feldschlößchen“.

Osabrück. Am 4. März, Vormittags 11 Uhr, bei Metemeyer, Johannesstr. 45.

Pforzheim. (Sektion der Gold- und Silberarbeiter.) Samstag, 24. Februar, im „Goldenen Löwen“.

Potsdam. Sonnabend, 3. März, Abends halb 9 Uhr, bei Glaser, Vortrag des Kollegen Schefler-Berlin über: Bauarbeiterchutz.

Prenzlau. Sonnabend, 3. März, Abends 8 Uhr, bei Boullion.

Pries-Friedrichsdorf. Sonnabend, 3. März, Abends halb 9 Uhr, im Möllers Gasthof. Vortrag über Acetylen-gas-Beleuchtung.

Quedlinburg. Am 3. März. Bürgerliches Gesetzbuch. Die Mitgliedsbücher werden zum 1. April eingezogen.

Rastatt. Am 24. Februar, im „Nothen Haus“.

Roslan. Sonnabend, 3. März, bei Schreiber, Feldstraße 34.

Schramberg. Samstag, 24. Februar, Abends 8 Uhr, im „Nöple“.

Schwarzenberg. Sonnabend, 24. Februar, Abends 8 Uhr, nachabend im Lindengarten bei Schwarzenberg.

Schweidnitz. Jeden Sonnabend nach dem ersten des Monats im Vereinslokal Gasthaus zum „Goldenen Kopf“, Marktstraße 5. Mitgliedsbücher mitbringen oder an den Stubenkassierer abgeben.

Schwaldbach. Am 3. März bei Matties.

Straubitz. Jeden 1. u. 3. Sonntag im Monat.

Helbert. Montag, 26. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal Sitzung der Ortsverwaltung und des Agitationskomitee.

Gremien. Sonntag, 11. März Tanzkränzchen in der „Neustädter Tonhalle“. Karten sind bei den Distriktskassierern zu haben.

Worms. Samstag, 3. März, Abends halb 9 Uhr, im „Milchhof“, Pagenstr. 34.

Worms. Sonntag, 11. März Stiftungsfest in „Eilenbergs Salon“. Karten per 25 Pfg., eine Dame frei, beim Festkomitee.

Worms. Der Schmied Heinrich Herzog, geboren zu Pegnitz, B.-Nr. 333581, eingetretten in Wessau, wird ersucht seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Worms. Sonntagabend, 24. Febr., Abds. 8 Uhr, im Gasthof zu Pieschen, Vorgauerstr., Familienabend, bestehend in Sodal- und Instrumentalkonzert, humor. Vorträgen und Ball.

Worms. Sonntagabend, den 3. März findet unser Faschingsvergügen im „Gesellschaftshaus“, bestehend aus Konzert, Theater, Vorträgen und Ball statt.

Worms. (Sektion der Blechner u. Installateure.) Samstag Abend „Närrische Abendunterhaltung“ in der „Wacht am Rhein“.

Worms. (Sektion der Feilenhauer und Schleifer.) Sonntag, 25. Februar, Abends 6 Uhr Skappensfest bei Stragner, Gangestraße 2.

Worms. Samstag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr findet im Gasthaus zur „Schwane“ das 3. Stiftungsfest mit Tanzkränzchen statt.

Worms. Am 18. März im Saale des „Kristallpalastes“ Stiftungsfest.

Worms. Bevollmächtigter: Max Becker, Former, Freiburgerstraße 11. Kassierer: Gustav Pöhl, Schlosser, Margarethenplatz 3.

Worms. Die Herberge befindet sich im Gasthaus zur „Frohlichkeit“, Zentralisation der vereinigten Gewerkschaften, wo von Abends 8-9 Uhr Reisegeld ausbezahlt wird.

Gestorben.

In Eilenburg in Folge eines Unfalles der Schlosser Bruno Frommhold, 29 Jahre alt. — In Frankfurt a. M. der Schleifer Karl Hillenbrand, 22 Jahre alt, an Schwindel.

Öffentliche Versammlungen.

Frankfurt a. O. Sonntag, 4. März, Nachmittags 3 Uhr öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im „Volksgarten“.

Leipzig. Sonntag, den 4. März, Vormittags 11 Uhr öffentliche Versammlung im „Felsenkeller“.

Leipzig. Montag, 5. März öffentl. Metallarbeiter-Versammlung im Saale des Herrn Wöt, Nikolaistraße 2.

Worms. Sonntag, 4. März, Nachmittags 5 Uhr, in der „Waldeslust“ öffentl. Metallarbeiter-Versammlung für Heiligenhaus und Helbert.

Privat-Anzeigen.

Anzeigen unter dieser Rubrik finden nur Aufnahme bei vorheriger Einzahlung des Betrages.

Händlergehilfe, welcher Drahtstrichten und Schleifen kann, nach Nürnberg gesucht. Arbeitsvergütung wird eventuell gewährt.

Für Feilenhauer. In nächster Nähe Stuttgarts ist eine neu eingerichtete Feilenhauerei billig zu verkaufen.

Handgestickte Vereinsfahnen. Man verlange Preiscurant. Margarethe Grillenberger We., Fahnenstickerei, Nürnberg.

Das Arbeiterrecht von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstages. Dem Werke direkt angeschlossen ist der Führer durch das Bürgerl. Gesetzbuch.

Cigarren. Ausser unserer nebenstehenden Spezialmarke Picketin à Mk. 3.50 empfehlen wir noch einige andere sehr beliebte Sorten: Nagelöckchen, Marke Manille I, dieseibe 300 Stück franco, keine Sorte, dieseibe 300 Stück franco, Cabinet, La Costa, La Promiada, Felicia, La Cubana, Lejanos, Flor de Mello ff. Brasil, Castillo ff. Mexiko.

Concert-Mundharmonikas mit Messingplatten, feinstes grabirte Decken, Stimmung Oktave. 1 St. 80 Töne, 2 Seiten in 2 Touren zu spielen.

Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel liefert seit 22 Jahren für tausende Kassen u. Vereine. Jean Helze, Hamburg, Drebbahn 45.

Der Metallarbeiter. Handbuch für Dreher und Schlosser, enth.: Anleitung zum Bohren, Drehen, Fräsen im Allgemeinen. Zum Konstruieren von Zahnrädern sowie die Berechnung zum Fräsen von Zahnrädern.

Gammerdingers Optima-Pfeifen. In kürzester Zeit der Liebling vieler Raucher geworden, durch ihre Eleganz u. unerreichte Konstruktion (Schraubenslinienartig und kreuzförmig durchbohrten Draughtkanal).

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Allein Verkauf sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stücke gearbeitet.